

VII Begriffe und bewegungspolitische Dynamiken in der oppositionellen Politik

Im ersten Teil dieses Kapitels werde ich die im vorherigen Abschnitt einzeln dargestellten Interviews fallübergreifend verbinden und bezüglich ihrer Begrifflichkeiten wie Zivilgesellschaft, Staat, Öffentlichkeit, Definition von oppositioneller Politik miteinander vergleichen. Im zweiten Teil des Kapitels setze ich die politische Praxis der hier untersuchten vier Gruppen in Beziehung zu den breiter angelegten zivilgesellschaftlichen Dynamiken und ihrem Verhältnis zum Staat. Dabei werden die Bewegungen nach ihrer Wirksamkeit und ihrer Stoßkraft in der breiteren Öffentlichkeit bewertet. Im darauf folgenden Teil fokussiere ich die bewegungspolitischen Dynamiken, wie Interaktion mit dem Staat und Aspekte wie NGO-isierung, die von den forschungsleitenden Fragestellungen der vorliegenden Arbeit nicht antizipiert waren.

VII.1 STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT – BEGRIFFE IN DER POLITISCHEN PRAXIS

In der türkischen politischen Öffentlichkeit ist der normative liberale Zivilgesellschaftsdiskurs sowohl auf der medialen wie auf der akademischen Ebene von einem dichotomen Verständnis des Begriffspaares Zivilgesellschaft – Staat geprägt, das dem zivilgesellschaftlichen Bereich den staatlichen Bereich gegenüberstellt. Während die eine Seite für demokratische gesellschaftliche Kräfte steht, symbolisiert die andere Seite alle repressiven, undemokratischen und autoritären Kräfte. Ich möchte in diesem Teil analysieren, inwieweit meine ForschungspartnerInnen (Bewegungs- und NGO-AktivistInnen und AkademikerInnen) mit diesem gängigen Verständnis des Begriffspaares operieren und ob sie sich überhaupt auf diesen akademisch, politisch und medial weit verbreiteten

Diskurs beziehen. Entwerfen sie eigene Kategorien und Modelle und wenn ja, welche? Ob diese Modelle als „gegenhegemonial“ und „kritisch“ bezeichnet werden können, ob sie ein emanzipatorisch-kritisches Potenzial haben und ob sie eine gesellschaftlich-kulturelle Transformation bewirken können, muss weiterführend analysiert werden. Und letztlich muss erörtert werden, wie diese Begriffe in ihrer politischen Arbeit eingesetzt werden.

VII.1.1 Kritik an der Trennung zwischen zivilgesellschaftlichem und staatlichem Bereich (Verschränkung der Zivilgesellschaft mit dem staatlichem Bereich)

„Zivilgesellschaft ähnelt der Funktionsweise des Staates!“

Ist die dichotome Auffassung von „Zivilgesellschaft gegen Staat“ wirklich das verbreitete Modell auch unter den BewegungsaktivistInnen? Alle meine ForschungspartnerInnen sind aktiv in oppositionellen Bewegungen und verstehen sich von daher auch als Teil der oppositionellen Politik in der Türkei. Aber wogegen opponieren sie? Gegen den Staat oder haben sie ein anderes Verständnis von Opposition, ein umfangreicheres oder differenzierteres?

Die Pazartesi-Autorin und Feministin Ayşe Düzkan sieht die Arena einer oppositionellen Politik vor allem in der Systemkritik und nicht in einer Kritik am Staat. Indem sie auch daran erinnert, dass ein Staat soziale Aufgaben im öffentlichen Bereich erfüllen möge, positioniert sie sich gegen die Liberalisierungs- und Privatisierungswelle, die in der Türkei seit Anfang der 1980er-Jahre vonstattenging und plädiert für ein differenzierteres Verständnis von Staat:

„Gegen den Staat sein heißt an sich nicht immer etwas Positives. Es ist auch wichtig, gegen das System zu sein. Der Staat ist etwas Negatives, es gibt aber auch negative Dinge, die mit dem System zusammenhängen. Ich will damit hier den Staat nicht als etwas Positives darstellen. Aber kollektives Eigentum ist an sich etwas Positives, es gehört uns allen. Es ist zum Beispiel gut, wenn der Staat im Bereich der Gesundheit aktiv wird. Der Staat muss in diesen Gebieten aktiv sein.“ (Interview mit Ayşe Düzkan)

In einer ähnlichen Weise erinnert die kurdische Frauen-NGO-Aktivistin Nebahat Akkoç an die sozialen Aufgaben und Pflichten des türkischen Staates. Statt ihn als Institution und als sozialen Akteur neben anderen total abzulehnen, sieht sie den Staat im Zusammenhang mit ihrem Verständnis von den Aufgaben einer NGO folgendermaßen:

„Jede/r muss erklären oder begründen, wieso er/sie als Zivilgesellschaft oder in der Zivilgesellschaft organisiert ist. Ich weiß heute sehr genau, dass ich die Probleme der Frauen nicht lösen kann, ich habe nicht die Macht und Kraft dafür, übrigens sollte ich auch nicht ihre Probleme lösen, wir sind nämlich nicht das Sozialamt, wir betreiben hier keine Sozialpolitik. Wir beschäftigen uns zwar schon mit den einzelnen Frauen, wir unterstützen sie, aber wir tun das, damit sie mit der Gewalt umgehen, ihr ausweichen können. Wir tun das, weil wir Politik machen wollen. Ansonsten gäbe es doch den Staat, wenn wir unsere Aufgabe auf die soziale Fürsorge reduzieren würden. Wieso gibt es ihn denn sonst?“ (Interview mit Nebahat Akkoç)

Die feministische Haltung gegenüber dem Staat ist nicht von einem Gegen-den-Staat-Diskurs dominiert. Darüber hinaus scheint dies, auch wenn mit einer Trennung zwischen zivilgesellschaftlichem und staatlichem Bereich argumentiert wird, nicht die Hauptfrage für die Feministinnen zu sein. Zentral ist eher die Unterscheidung zwischen anti-systemischen, kritischen „wirklich unabhängigen“ Zivilgesellschaftsorganisationen (bzw. NGOs) und pro-systemischen, nicht-kritischen Organisationen, die mit ihren Aktivitäten und Ideologien eher das bestehende politische System unterstützen. Somit wird die allgemeingültige Auffassung von Zivilgesellschaftsorganisationen als „demokratisch“ und „autonom vom Staat“ infrage gestellt, ihre angeblich unabhängige Sicht- und Funktionsweise wird kritisch hinterfragt. Die anti-militaristische Feministin und Soziologin Pınar Selek betont, wie wichtig es ist, System und Macht kritisch zu hinterfragen und stellt zur Diskussion, inwieweit die sogenannte unabhängige Zivilgesellschaft wirklich unabhängig ist und die „Interessen der Zivilgesellschaft“ vertritt?

„Man sollte weiterhin die Macht kritisch betrachten und nicht aufgeben, sie infrage zu stellen, das sollte man aber ganzheitlich tun. Die NGOs sollten sich also fragen, ob sie wirklich gegen das System und die Macht sind, wenn ja, dann aber entsprechende politische Korrekturen vornehmen und diesen Aspekt mitberücksichtigen. [...] Was wir als „unabhängige Zivilgesellschaft“ bezeichnen, ist dermaßen fremd, entfernt von der türkischen Gesellschaft. Ihre Netze in der Gesellschaft, ihre Verbindungen zur Gesellschaft sind sehr schwach. Weil sie von der Gesellschaft fern sind und kein Organisationstalent haben, können sie sich nur schwer am Leben halten. Darüber hinaus haben sie nicht den Willen, durchsetzungsstarke Politik zu betreiben und Alternativen zu entwickeln. Es läuft eher so amateurhaft. Da will ich aber differenzieren. İHD und Mazlum-Der (Muslimischer Menschenrechtsverein) zählen nicht dazu. Sie haben zwar auch ihre Schwierigkeiten, aber nicht solche, das haben sie überwunden.“ (Interview mit Pınar Selek)

Ayşe Düzkan schlägt auch einen differenzierteren Umgang mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vor, diese sollten nicht danach klassifiziert werden, ob sie dem staatlichen oder dem zivilgesellschaftlichen Bereich zuzuordnen sind, sondern sie sollten eher nach dem Charakter ihrer *Praxen* in der Zivilgesellschaft betrachtet werden. Sich auf das Gramscianische Verständnis der „Bildung des hegemonialen Konsenses“ stützend, stuft sie zivilgesellschaftliche Organisationen wie TÜSIAD, MÜSIAD oder den Verein zur Unterstützung des kemalistischen Gedankenguts sogar als „ideologische Träger des Systems“ ein:

„Die Zivilgesellschaft wurde in der Türkei mit dem Pseudoanarchismus gleichgesetzt. Darüber hinaus neigte man dazu, alles, was mit dem Regierungsgeschäft nichts zu tun hat, als Zivilgesellschaft zu verstehen. Das kann nicht sein. TÜSIAD (Verband türkischer Industrieller und Unternehmer) ist widerlich. MÜSIAD (Verband unabhängiger Industrieller und Unternehmer) genauso. Die ganzen Sekten und Atatürkçü Düşünce Dernekleri (Vereine zur Förderung kemalistischen Gedankenguts) kann man nicht innerhalb der Zivilgesellschaft unterbringen. Weil sie sich mit dem System nicht auseinandergesetzt haben. Manche sind sogar Träger des Systems, wie TÜSIAD. Und manche andere wiederum sind die ideologischen Träger des Systems.“ (Interview mit Ayşe Düzkan)

Auch manche Frauen-NGOs bleiben von dieser kritischen Betrachtung nicht verschont. Angesichts der eigenen Erfahrungen mit anderen Frauen-NGOs wird die normative Auffassung der Zivilgesellschaftsorganisation als „demokratisch und förderlich für eine von der offiziellen Ideologie unabhängigen Sichtweise“ auch von der damaligen *Ka-Der*-Vorsitzenden Zülal Kılıç infrage gestellt. Sie beklagt sich nicht nur über die pro-militärische Haltung mancher sogenannter „kemalistischer“ Frauenorganisationen, sondern auch darüber, dass man weit davon entfernt sei, eine zivile Diskussionskultur in der Gesellschaft etabliert zu haben:

„Die Menschen sind in Fragen der Zivilgesellschaft nicht aufgeklärt und das macht mich wütend. So haben zum Beispiel einige Frauen, die man zur Zivilgesellschaft zählt, eine promilitärische Demonstration organisiert, haben dort ihre Solidarität mit dem Militär zum Ausdruck gebracht. Sie werden auch wütend, wenn wir an alle Frauen appellieren. Wir werden etwas ausgegrenzt von den anderen. Auch im Zusammenhang mit Sirin Tekeli werden wir ausgegrenzt, weil sie Sirins Thesen nicht akzeptieren. Im Zusammenhang mit der Einführung des Wahlrechts für die Frauen in der Türkei hat sie die These aufgestellt, dass Atatürk auf diese Weise seine Differenz zu den aufsteigenden faschistischen Bewegungen Hitlers und Mussolinis demonstrieren wollte. Ich sympathisiere zwar auch nicht mit ihrer These. Das ist aber nicht so wichtig, man kann dafür oder dagegen sein. Auch Necla Arat ist Şirin (Tekeli) gegenüber feindlich eingestellt. Obwohl sie auch eine Wis-

senschaftlerin ist. Man kann darüber diskutieren, dagegen oder dafür sein, man muss aber nicht feindlich miteinander umgehen. Diese Diskussionskultur ist noch nicht bei uns angekommen. Sobald man in Sachen Atatürk von den landläufigen Meinungen abgewichen ist, werden sie misstrauisch.“ (Interview mit Zülal Kılıç)

Besonders kritisch gegenüber den Zivilgesellschaftsorganisationen sind die kurdischen Feministinnen, die sich, auch aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen in linkspolitischen Organisationen und in der „türkischen Frauenbewegung“, als „Opposition innerhalb der Opposition“ positionieren. Die kurdische Aktivistin Berivan Kum bezweifelt die These, dass NGOs und oppositionelle Bewegungen in der Türkei anders als der türkische Staat eine demokratische Kultur befördern würden und stellt fest, dass sie sich im ideologischen Sinne vom Staat nicht viel unterscheiden:

„Die Zivilgesellschaft imitiert in vielen Hinsichten den Staat. Sie organisiert sich wie der Staat. So gesehen ist jede NGO ein Prototyp des Staates. Es wäre daher falsch zu glauben, jede NGO sei demokratisch. Ich glaube, dass Demokratie ein Prozess ist. Ein Prozess, der offen ist und stets in Frage gestellt und korrigiert werden muss. Er entsteht nicht von sich, und er entsteht auch nicht von heute auf morgen. Man kann sich ihr annähern, sich dann auch von ihr entfernen, sodass man nicht in der Lage wäre, eine Kritik zu dulden. In solchen Momenten ist es nicht so wichtig, zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft zu unterscheiden. Denn sie unterscheidet sich von ihm nicht so sehr. Man kann die Zivilgesellschaft organisch vom Staat unterscheiden, aber nicht ideologisch. Ich glaube nicht, dass sie sich ideologisch vom Staat so sehr distanziert hat.“ (Interview mit Berivan Kum)

Auf meine Frage, was die Parallelen zwischen der Funktionsweise des Staates und der Funktionsweise der NGOs seien und ob sie dies anhand eines Beispiels erklären könne, verweist Berivan Kum auf einen sehr interessanten Aspekt – wiederum ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen:

„Nehmen wir das Strafrecht als Beispiel: Die Begriffe „Schuld“ und „Strafe“ existieren auch in den linken Organisationen. Ein Ausschluss aus einer linken Organisation kommt einer Ausbürgerung durch den Staat gleich. Verstehen Sie, wenn der Staat seinen Bürger bestrafen möchte, entzieht er ihm entweder die Staatsbürgerschaft oder er verbietet ihm seine politisch-sozialen Aktivitäten. So gehen auch die linken Organisationen vor. Man muss auf diese Regeln achten. Sowohl der Staat als auch die Nichtregierungsorganisation sind eine *Organisation* und jede Organisation hat ihre eigenen Organisationskriterien, sittliche sowie prinzipielle. Und beide verhängen Strafen gegen ihre Mitglieder, die diese Kriterien nicht erfüllen oder verletzen. Die Strafmethoden sind manchmal auch ähnlich

und können Gewalt, Ausschluss und Ausweisung beinhalten.“ (Interview mit Berivan Kum)

Eine ähnliche, nicht friedliche, polarisierende Politik und Haltung der Vereine sowie ihr schlechter Ruf unter der Bevölkerung sind auch der kurdischen Frauen-NGO-Aktivistin Nebahat Akkoç aus eigenen Beobachtungen bekannt. Sie ist aber der Auffassung, dass dieses eher der Vergangenheit angehörende NGO-Selbstverständnis und seine Wahrnehmung in der Gesellschaft dabei ist, sich zu ändern und die EU-Beitrittsverhandlungen dabei eine besonders positive Rolle eingenommen haben:

„Am Anfang hatten die Menschen Vorurteile gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auch innerhalb der Bevölkerung. Vorurteile gab es auch in Bezug auf die Vereine und die Vereinspolitik. Dazu trugen auch unsere Standpunkte bei. Wir haben nicht den Eindruck vermitteln können, dass wir miteinander und voneinander lernen möchten, sondern wir haben dadurch, dass wir uns hauptsächlich miteinander beschäftigten, die Gegensätze polarisiert und die Menschen aufgefordert, sich jeweils um diese Gegensätze herum zu positionieren. Das ändert sich aber jetzt. Der EU-Kandidatenstatus der Türkei hat in dieser Hinsicht einiges bewirkt. Ich denke also, dass die Beziehungen zur Europäischen Union sich positiv ausgewirkt haben. Die Frauenorganisationen haben zur Veränderung und Verbesserung des türkischen Zivil- und Strafrechts einiges beigetragen.“ (Interview mit Nebahat Akkoç)

Trotz der weitverbreiteten kritischen Haltung der Feministinnen gegenüber der Mission, dem Selbstverständnis, der Arbeitsweise und der Politik der NGOs ist es interessant, dass die feministische Politik und die Aktivistinnen der Frauenbewegung ihre politische Arbeit im Bereich der Zivilgesellschaft angesiedelt haben, nicht aber im Bereich der Regierung oder der üblichen, konventionellen Kanäle der Politik wie etwa der Parteipolitik. In dieser Hinsicht scheint die folgende Textpassage aus dem Interview mit der kurdischen Frauen-NGO-Aktivistin für alle Aktivistinnen der Frauenbewegung Gültigkeit zu haben:

„Ich habe mich für das Schwierige entschieden. Wenn ich in der Partei geblieben wäre, so wären zum Beispiel die ökonomischen Verhältnisse besser gewesen. Da sie eine breite Basis hat, hätte ich mit mehr Frauen zu tun gehabt als jetzt. Sie können zehntausende Menschen zusammenbringen, wir hingegen können höchstens hundert Menschen für unsere Aktionen mobilisieren. Aber trotzdem glaube ich mehr an die NGOs. Wir können natürlich über die NGOs, über ihren Sinn und Zweck diskutieren. Aber wenn ich mich zwi-

schen einigen Alternativen entscheiden müsste, würde ich mich für die Mitarbeit in einer NGO entscheiden.“ (Interview mit Ayfer Ekin)

VII.1.2 Das Bild des omnipotenten türkischen Staates im feministischen Diskurs

Wie oben gezeigt, wird das normative Bild der Zivilgesellschaft als ein demokratisierender, autonomer und die zivile Kultur fördernder Bereich von den ProtagonistInnen der oppositionellen Bewegungen weitgehend kritisch betrachtet und infrage gestellt. Wie positionieren sich die Feministinnen aber gegenüber dem Staat? Beziehen sie ähnlich wie die post-kemalistischen liberalen Intellektuellen eine Position, die in einem Starken-Staat-Diskurs verortet werden kann? Der Demokratische Zivilgesellschaft vs. autoritärer, türkischer Staat-Diskurs taucht fast immer zusammen mit dem begleitenden Starker- Staat-Diskurs auf, welcher besagt, dass der Staat und die zentralistische Staatstradition in der Türkei über Jahrhunderte hinweg sehr stark gewesen seien und eine gesellschaftliche Opposition weder toleriert noch zugelassen habe. Durch die Argumentation mit dem Starker-Staat-Diskurs unterfüttern die post-kemalistischen liberalen Intellektuellen (und die anderen zivilgesellschaftlichen Kräfte, die als „systemkritisch und oppositionell“ gelten, wie die islamischen und die kurdischen Gruppen) in ihrer Anti-Staats-Positionierung, ihre Legitimität. Dabei wird die Auffassung vom türkischen Staat als omnipotenter Staat gepflegt und verbreitet. Ein ähnlich dichotomes Modell von schwacher Zivilgesellschaft vs. starker türkischer Staat, das auch von den Feministinnen gepflegt worden ist, stellt die Sozialanthropologin und Feministin Nükhet Sirman fest. Sie sieht auch darin den Grund, dass „türkische Feministinnen“, trotz ihrer Theoretisierungen und ihrer Erkenntnisse über die eigene Situation als „unterdrücktes Subjekt“, sich bis jetzt (2006) nicht auch für die Frauen der anderen unterdrückten Gruppen wie z.B. für die Frauenrechte der Minderheiten in der Türkei eingesetzt haben:

„Nun wieso haben die türkischen Feministinnen über die Minderheiten nicht gesprochen? Weil sie einem Schrecken gegenüber standen, sodass sie etwas anderes nicht sehen und wahrnehmen konnten. Die kurdischen Frauen zum Beispiel haben lange Zeit behauptet, dass die türkischen Frauen nicht das Recht hätten, über sie oder in deren Namen zu sprechen. Es gab auch so etwas. Das war aber nicht der wirkliche Grund. Der Grund war, dass sie einem Leviathan gegenüberstanden, der ihre Wahrnehmung verzerrte und ihr Bewusstsein beeinflusste und der sie dann auch durch seine Größe und Stärke in seinen Bann zog. Auf der anderen Seite führte dies dazu, die Macht des Staates und den türkischen Nationalismus zu übertreiben. Indessen kann man anhand der Zahl der Ausgeschlossenen leicht

sehen, dass der türkische Staat und der türkische Nationalismus gar nicht so stark sein können, wie es auf den ersten Blick scheint. Diese Erkenntnis hat der türkische Feminismus nicht gehabt.“ (Interview mit Nükhet Sirman)

Selbstkritisch stellt Nükhet Sirman fest, dass sich die Feministinnen – nach einer Phase der intensiven feministischen Beschäftigung mit dem Thema der häuslichen Gewalt gegen Frauen Anfang der 1980er-Jahre – gegen Ende dieser Dekade zwar für die Gewaltpraxen des türkischen Staates zu interessieren begannen, dies aber nicht weiter geführt haben und auch nicht die Zusammenhänge zwischen staatlicher Gewalt und Formen der Gewalt innerhalb der Familie hergestellt haben:

„Der Feminismus war in seiner Entstehungsphase auf die Familie fokussiert; dann wurde die Familie vergessen. 1989 gab es eine Aktion („siyah eylem“), das war ein Wendepunkt. Nach dieser Aktion ist der Eindruck entstanden, als ob die Problematisierung der Familie als Institution nur im Rahmen der Selbsterfahrungsgruppen relevant wäre. Danach haben sie sich auf den Staat fokussiert. Kann ich mich klar ausdrücken? Ich möchte sagen, sie haben die Zusammenhänge zwischen den beiden Bereichen nicht erkannt. Damit meine ich die patriarchale Funktionsweise innerhalb der Familie und des Staates. Also sie haben den Zusammenhang zwischen der staatlichen politischen Kultur und der Familie nicht hergestellt, sondern sind ihn isoliert angegangen. Ich gehöre aber auch zu denen, nicht dass ich mich da herausnehme.“ (Interview mit Nükhet Sirman)

Während Nükhet Sirman als Grund, warum die feministische Bewegung den Starker-Staat-Diskurs mitgetragen hat – und nicht das Bedürfnis hatte, Fragen zu stellen und weiter zu denken, wie „die Macht des Staates sich bildet und aufrechterhält“ – die inneren Dynamiken innerhalb der feministischen Bewegung hervorhebt, verweist Ayşe Düzkan auf die anderen politischen Dynamiken, die zu einer steigenden „Anhängierzahl“ und zum „Legitimationsgrad“ dieses Erklärungsmodells beigetragen haben:

„Die Systemfrage wurde innerhalb der türkischen Opposition außer Acht gelassen, ignoriert. Das gilt sogar auch für den İHD (Menschenrechtsverein). Gott behüte, wir brauchen ihn zwar noch sehr, aber er reduziert alles auf eine Opposition gegen den Staat. Also alles, was mit dem Staat nicht zu tun hat, ist außerhalb des Staates zu sehen. Auch die kurdische Frage hat dazu beigetragen, weil die kurdische Frage eine Politik des Staates ist. Auch die Menschenrechtsfrage hat zur Legitimation dieses Verständnisses beigetragen.“ (Interview mit Ayşe Düzkan)

Die Feministinnen der 1980er- und 1990er-Jahre wollten ein starkes, konkretes Feindbild (in diesem Fall die türkische Republik), das sie bekämpfen und demgegenüber sie sich positionieren konnten. Daher haben sie auch – reflektiert oder unreflektiert – den Starker-Staat-Diskurs mitaufgenommen. Haben aber die Feministinnen auch ihre Politik auf einer strengen Unterscheidung zwischen zivilgesellschaftlichem Bereich und staatlichem Bereich aufgebaut oder operieren sie in ihren Analysen mit anderen Kategorien? Im folgenden Kapitel soll auf diese Fragen eingegangen werden.

VII.1.3 Die öffentliche und private Sphäre – die Trennung als dominierendes Modell im feministischen Diskurs und in der feministischen Politik

In der gesellschaftlichen Analyse der Feministinnen steht als Modell eher die Trennung der Sphären „öffentlich und privat“ im Vordergrund als die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Während in diesem Modell die private Sphäre für die Institution der Familie steht – in der die Feministinnen die hauptsächliche Unterdrückung der Frau sehen – wird die öffentliche Sphäre als Sphäre der Meinungsbildung beschrieben und somit als der Bereich, in dem die Feministinnen aktiv sein sollen; hier besteht die Möglichkeit, durch das Zur-Sprache-Bringen und durch die Thematisierung der Frauenfrage Öffentlichkeit zu erzeugen und auf die Regierung und die staatlichen Politiken Einfluss zu nehmen. Dabei sind *Frauen-Empowerment* und *Sensibilisierung der öffentlichen Sphäre* für die Frauenfrage als die zentralen politischen Ziele einer sich als feministisch verstehenden Politik zu begreifen. Anhand eines Beispiel ihres Engagements in einer Frauen-NGO in Istanbul beschreibt Nükhet Sirman ihre Ziele als „Erweiterung des zivilen Bereichs und Verkleinerung des Staats,“ und verweist dabei auf die Schwierigkeiten des Zusammendenkens der ähnlich funktionierenden „Gouvernementalitätsformen“ in der privaten und in der öffentlichen Sphäre:

„Ich gebe ein Beispiel von mir. Wir haben einen Verein, der KAYA (Frauen und Bürger Netzwerk) heißt, es ist ein kleiner Verein. Wir sehen es als unsere Aufgabe, den Frauen, um sie zu stärken, Rechtshilfe und Rechtsberatung zu leisten. Damit Frauen, die im Alltag Gewalt erfahren haben, sie in Anspruch nehmen können. Des Weiteren muss diese Gewalt an die Öffentlichkeit gebracht und als ein öffentliches Problem gesehen werden. Das muss so verstanden werden. Wir lehnen dabei die Rechtshilfe von privaten Anwaltskanzleien ab. Weil wir der Meinung sind, dass öffentliche Probleme von öffentlichen Institutionen behandelt werden müssen und nicht von privaten. Wir glauben, dass sich die Zivilge-

sellschaft nur so entfalten und verwandeln kann. Die Öffentlichkeit muss auch dabei verwandelt werden. Die Zusammenhänge müssen dabei sichtbar gemacht werden. Nur so kann man Veränderungen in der Gesellschaft herbeiführen und nur so können Veränderungen im Alltag und in der politischen Kultur herbeigeführt werden. Wenn man aber die Zusammenhänge verkennt, zwischen der Gewalt innerhalb der Familie und des öffentlichen Alltags trennt, würde eine wichtige Dimension, die Öffentlichkeit, ignoriert. So kann man keinen Einfluss auf die Öffentlichkeit haben. Unsere Aufgabe ist es, in diesen zivilen Bereich einzudringen und den Staat zu verkleinern.“ (Interview mit Nühket Sirman)

Auch die *Pazartesi*-Autorin Ayşe Düzkan betont eher die eigenen Dynamiken des patriarchalen Systems (das bis zu bestimmten Grad unabhängig vom Staat und vom kapitalistischen System funktionieren kann) und wie es innerhalb der Familie funktioniert. So stellt sie infrage, „inwieweit eine strenge Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Staat sinnvoll ist“ und „inwieweit eine solche Trennung nützlich oder relevant aus der Perspektive einer feministischen Politik ist“. Stattdessen betont sie, dass die sogenannten „zivilen Werte, die gesellschaftlichen Traditionen und Institutionen“ in erster Linie zur Unterdrückung der Frau in der *privaten Sphäre* beitragen, wenn nicht sogar dafür verantwortlich sind, und weniger der Staat. Sie vergleicht die Polizeigewalt des Staates auf der Straße mit der Gewalt des Vaters in der Familie:

„Es gibt auf einer Seite die Zivilgesellschaft und auf der anderen Seite den Staat! [...] Vor allem die Feministinnen begehen einen großen Fehler, indem sie das auch so sehen. Weil es im Klassenwiderspruch auch so etwas gibt: die Klassenunterschiede werden durch die vermittelnde Rolle des Staates geführt und aufrechterhalten. Der Staat ist der Knüppel der Bourgeoisie, einer von vielen. Die Frauenfrage ist etwas anderes. In der Frauenfrage, in der Frage zwischen Mann und Frau also, ist der Staat zwar eine wichtige Institution, aber die Familie ist auch wichtig. Die Familie hat nicht viel mit dem Kapitalismus zu tun. Der Kapitalismus ist für sein Funktionieren nicht zwingend auf die Familie angewiesen. Es sind in der Regel die Traditionen und die vielen zivilen Institutionen, die die patriarchalen Verhältnisse am Leben halten. Für uns ist die strenge Fokussierung auf die Unterscheidung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft nicht vielversprechend. Die zivilen Einrichtungen tragen also mehr als der Kapitalismus zur Aufrechterhaltung der patriarchalen Verhältnisse bei. Für die Frauen haben sie eine zähmende Funktion. Im Kapitalismus kommt eine wichtige Rolle auf den Staat zu; er wendet sich bei jeder Gelegenheit an den Staat, bittet ihn um Hilfe. Immer wenn gestreikt wird, hat die Polizei etwas zu tun, zum Beispiel. Aber auf der anderen Seite werden die meisten Frauen, noch bevor sie die Polizeigewalt erlebt haben, von ihren Vätern geschlagen.“ (Interview mit Ayşe Düzkan)

Nicht die Unterscheidung *Zivilgesellschaft – Staat*, sondern die Trennung *Öffentlich – Privat* ist das dominante Modell der türkischen Feministinnen, wie oben gezeigt wurde. So operieren die Protagonistinnen der türkischen feministischen Bewegung eher mit einem hegelianischen Zivilgesellschaftsverständnis, das sich auf das dreigliedrige Modell „Familie – Zivilgesellschaft – Staat“ stützt. Wie gestaltet sich das Modell bei den kurdischen Feministinnen? Liegt die Betonung, ausgehend von einer Trennung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre, eher auf der Privatsphäre (Familie) oder liegt ein anderes kategorisierendes Modell zugrunde? Die kurdische Frauenaktivistin Ayfer Ekin schlägt eher ein dreigliedriges Modell vor, bei dem sie nicht zwischen einer öffentlichen und privaten Sphäre unterscheidet, sondern zwischen der „traditionellen kurdischen Gesellschaft“ – die für die kurdische Gemeinschaft steht – der „Zivilgesellschaft“ und dem Staat. Dabei steht Zivilgesellschaft für den intermediären Bereich, in dem sowohl die repressiven Strukturen der traditionellen kurdischen Gesellschaft als auch die männlichen Strukturen des türkischen Staates bekämpft werden sollen. So wird Zivilgesellschaft vor allem über ein politisches Ziel und die Art der Tätigkeit definiert:

„Wir Frauen sollten nicht die Macht anvisieren. Dieser Punkt ist sehr wichtig und interessant zugleich. Was hätten wir denn davon, wenn wir die Macht errungen hätten? Was würde es denn bedeuten, wenn ich Ministerpräsidentin wäre? Was kann ich denn unter diesen Umständen und Strukturen bewirken? Was kann ich denn als Frau bewirken, während das männliche System fortbesteht? Nichts. Weil der Staat an sich ein Produkt der patriarchalen Verhältnisse ist, trägt er somit zur Zementierung dieser Verhältnisse bei. Aber die Zivilgesellschaft ist nicht so. Die Zivilgesellschaft ist sowohl gegen den Staat als auch gegen die traditionelle Gesellschaft. Auch die traditionelle Gesellschaft ist ein Ort, an dem es frauenfeindliche Praktiken gibt. Die Ehrenmorde sind zum Beispiel in der traditionellen Gesellschaft beheimatet. Die Frauenorganisationen müssen das auch berücksichtigen. Während sie den Staat ablehnen, müssen sie gleichzeitig auch gegen die traditionellen Verhältnisse kämpfen. Wie soll das geschehen? Man muss den Staat, seine Macht und Machtstrukturen ablehnen und gegen sie Widerstand leisten, manchmal auch seine Aufgaben übernehmen. Weil wir zum Teil hier mit Aufgaben konfrontiert sind, die eigentlich Aufgaben eines Sozialstaats sind. Der Staat tut nichts für die Frauen. Das kann er nicht. Seine Logik, seine Konstitutionslogik hält ihn davon ab. Er kann Gesetze erlassen und unterbinden. Jedes Gesetz, das gegen die Frauen und die gesellschaftliche Opposition ist, begünstigt in irgendeiner Weise die Männer und befestigt ihre Macht. Wir erleben das hier sehr oft. Wir sind sehr oft vor Gerichten mit Fällen konfrontiert, bei denen die Richter die Frauen, die Opfer der Gewalt ihrer Männer wurden, wieder nach Hause schicken wollen.“

Die tun dafür alles, damit die Frau wieder nach Hause geht. Weil sie auch Männer sind und von diesen männlichen Strukturen geformt wurden.“ (Interview mit Ayfer Ekin)

VII.1.4 Professionalisierung und „NGO-isierung“ der Frauenbewegung in der Türkei: Kritik des Projekt-Feminismus

Als sich die feministische Bewegung der 1980er- in den 1990er-Jahren zu diversen Frauenbewegungen entwickelte und institutionalisierte, entstand auch, einhergehend mit der Gründung der Frauen-NGOs und einer zunehmenden Professionalisierung, der sogenannte „Projektfeminismus“. Diese Entwicklung hat bis heute weitgehende Konsequenzen für die Frauenpolitik und wird nicht kritiklos hingenommen. Nükhet Sirman äußert sich dazu:

„In den 1990er-Jahren begegneten wir immer wieder Frauen, die sich nicht als Feministinnen sehen wollten und in Sätzen wie „ich bin zwar keine Feministin, aber ...“ redeten. Als gegen Ende der 1990er-Jahre dann die NGOs entstanden, haben sie sich daran beteiligt, ohne dass sie eine feministische Perspektive hatten. Niemand von denen hat sich auch nur die Mühe gemacht, sich in der Hinsicht weiterzubilden. Daher ist der Begriff „Frauenbewegung“ für diese Art der Organisation zutreffender. Es ist auch ein deskriptiver Begriff. Nur wenige von ihnen haben sich dann als Feministin bezeichnet.“ (Interview mit Nükhet Sirman)

Auch Zülal Kılıç beobachtet eine Tendenz der Professionalisierung unter den Aktivistinnen, die sich in NGOs engagieren. Ausgehend davon, dass diese mit einem weitgehend akzeptierten Verständnis von Arbeit in einer Zivilgesellschaftsorganisation als „ehren-amtlich“ nicht kompatibel sei, kommt sie zu dem Schluss, dass sie, im Gegensatz zu dem verbreiteten Diskurs über das Aufblühen der Zivilgesellschaft in der Türkei, so eine Entwicklung nicht beobachtet:

„Außerdem kommt es in den letzten Jahren häufiger vor, dass man in den NGOs für sein Engagement bezahlt werden möchte. Ansonsten wird man schnell müde. Sie engagieren sich zwei, drei Monate, dann gehen sie, weil sie angeblich müde geworden sind. Sie denken dabei an ihre Interessen, in der Türkei ist man noch weit davon entfernt, sich ehrenamtlich zu engagieren und zu organisieren. Daher stimmt es nicht, wenn man sagt, dass sich die Zivilgesellschaft in der Türkei im Aufstieg befindet. Ich sehe zumindest einen solchen Aufstieg nicht. Eigentlich denke ich, dass das „Pro-Staat-Sein“, der Etatismus von den Leuten in der Türkei verinnerlicht worden ist. Die Menschen üben Autozensur aus.“ (Interview mit Zülal Kılıç)

Pinar Selek spricht das gleiche Problem an, sie stellt fest, dass die Professionalisierung der Arbeit innerhalb der NGOs dazu beiträgt, dass der zivilgesellschaftliche Bereich immer elitärer wird:

„Es gibt noch etwas: das Problem der Projekte. Zivilgesellschaftliche Arbeit wird immer mehr als Projekt formuliert, in Rahmen von Projekten betrieben. Das bringt die Professionalisierung der NGOs und die werden immer elitärer. Außerdem wird der NGO-Bereich mit der Zeit zunehmend als ein Arbeitsbereich gesehen. Es gab sowieso eine elitäre Kultur, eine elitäre Struktur in der Gesellschaft, und diese hat den elitären Charakter der NGOs noch weiter gefördert. Die NGOs haben die gesellschaftlichen Beziehungen, die Solidaritätsnetzwerke nicht weiter verstärkt. Daher sind die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten nicht stark genug.“ (Interview mit Pinar Selek).

VII.1.5 Formen und Kulturen der oppositionellen Politik in der Türkei

Eine der Hypothesen dieser Arbeit besagt, dass zusammen mit dem Militärputsch von 1980 als gesellschaftlichem Wendepunkt eine Transformation von einer ideologiebasierten Klassenpolitik hin zu einer Identitätspolitik stattgefunden hat. Diese These impliziert, dass sich auch die Formen und Kultur der oppositionellen Politik transformiert haben. War sowohl die parlamentarische als auch die außerparlamentarische politische Szene der Türkei vor 1980 durch eine konfrontative Konfliktlinie zwischen links- und rechts-ideologischen Gruppen gekennzeichnet, so werden wir in der Periode nach 1980 Zeuge vom Aufkommen Neuer Sozialer Bewegungen, die auf der Basis der Politisierung von sozialen Identitäten (wie ethnisch-kulturellen, religiösen und Geschlechteridentitäten) mobilisiert sind.

So kann behauptet werden, dass im Zusammenhang mit der Politisierung der sozialen Identitäten, sich das Terrain, auf dem soziale Konflikte ausgetragen werden, verschoben hat: vom Terrain des Staates hin zu dem der Zivilgesellschaft. Worin besteht aber der eigentliche Charakter dieser Verschiebung? Und wird über diese Transformation oppositioneller Politik reflektiert? Die antimilitaristische feministische Aktivistin und Soziologin Pinar Selek stellt zumindest für die globale Ebene fest, dass die Macht und der Staat mittels subtileren Mechanismen eingreifen, sich nicht immer der Gewalt oder der destruktiven Macht bedienen, sondern ziviler Netze, die bis in unser Wohnzimmer reichen:

„Die Macht ist im Zusammenhang der jüngsten Entwicklungen in den Kommunikationsmedien und den Wissenschaften subtiler geworden. Sie beruht immer weniger auf der ro-

hen Gewalt und ist dadurch praktischer geworden. Der Staat ist dadurch nicht verschwunden, er reorganisiert sich nur. Wie geschieht das? Einerseits wird er kleiner und schlanker, andererseits werden seine früheren Rollen auf andere Bereiche und Mechanismen übertragen. Der Bürger wird zum Staat, er übernimmt staatliche Aufgaben und Funktionen, und das ist gefährlicher, weil der Militarismus dadurch nicht verschwinden wird, im Gegenteil, die Gesellschaft wird auf diese Weise militarisiert. Die Macht erweitert sich dadurch. Auch die neue Weltordnung beruht auf einem ähnlichen Mechanismus. Es entstehen zivile Netze und über diese Netze vernetzt sich die Macht innerhalb der Gesellschaft, bis in die private Sphäre, bis in unsere Wohnzimmer. Die Überwachung und Kontrollmechanismen wurden subtiler und wirksamer. Der Staat befreit sich damit von seinen plumpen Strukturen und Mechanismen der Vergangenheit. Durch die Entwicklungen im Kommunikationssektor und durch die Mode und die Kontrolle über die Unterhaltungs- und Kulturindustrie kann er die Menschen codieren und lenken und die Tagesordnung bestimmen.“ (Interview mit Pınar Selek)

Daraus leitet sie ab, dass sich auch die Methoden und die Strategien der oppositionellen Politik an die sich ändernden Mechanismen der Macht anpassen und neue Strategien entwickeln müssen. Auf der anderen Seite verweist sie auf die sehr schwierigen Bedingungen, mit denen sich die ProtagonistInnen der oppositionellen Politik in der Türkei angesichts extrem militaristischer, repressiver Maßnahmen, die das politische System anwendet, auseinandersetzen müssen (bzw. ihre politische Arbeit betreiben sollen); dadurch wird deutlich, wie schwierig es ist, unter solchen Bedingungen eine „zivile,“ reflektierte, oppositionelle Politik in der Türkei zu betreiben:

„Wir, die Befreiungskämpfer, sollten auf diese neue Situation reagieren und aufhören, gegen alte Mechanismen, die längst der Vergangenheit gehören, zu kämpfen. Es fällt uns schwer, uns auf diese neue Situation einzustellen, weil wir zu sehr an diese alten Kampfmethoden gewöhnt sind. Das sollten wir aber tun, wenn wir es mit der Befreiung ernst meinen. Wir müssen auch unsere zivilen Diskurse hinterfragen, über unsere zivile Diskurse kritisch nachdenken. [...] Da wir aber in der Türkei einem dermaßen primitiven militaristischen Mechanismus gegenüberstehen, ist es auch wichtig, zwischen diesen beiden Bereichen zu unterscheiden und den zivilen Willen zu verteidigen. Das sollte aber nicht heißen, dass man die Zivilgesellschaft nicht kritisiert.“ (Interview mit Pınar Selek)

Was bedeutet es aber, sich heute in der Türkei in der oppositionellen Politik zu engagieren? Worin besteht der Inhalt einer oppositionellen Politik? Haben sich die Inhalte geändert, was war damals und was ist heute? Selek ist der Auffassung, dass sich die Situation in Bezug auf die repressiven Maßnahmen, die Pro-

tagonistInnen der Opposition befürchten müssen, nicht gravierend geändert habe:

„Es war früher auch nicht anders gewesen in der Türkei. Es ist schwierig, Kritiker zu sein. Also wenn man im Rahmen des Erträglichen bleibt, dann ist es nicht anders als in anderen Ländern der Welt. Es ist nicht schwierig, wenn man sich innerhalb des vom Staat definierten Rahmens bewegt. Aber sobald man versucht, über diesen Rahmen hinauszugehen, fängt es an, problematischer zu werden. Vor allem auch dann, wenn man sich über die Kurdenfrage, Armenierfrage und andere elementare Fragen zu äußern wagt. Es ist auch nicht einfach, eine standhafte feministische Politik zu betreiben, dann kann es leicht zur Konfrontation mit verschiedenen Koalitionen und Bündnissen kommen. Man würde gehängt, ermordet, verdammt und verhaftet. Daher kann man sagen, dass die Methoden in der Türkei noch etwas primitiver sind. Das ist aber in vielen Teilen der Erde genauso, denke ich. Das Besondere in der Türkei ist, dass alte und neue Mechanismen hier zusammen wirken, daher hat sich nicht viel geändert.“ (Interview mit Pınar Selek)

Auch wenn sie betont, dass die schwierigen Bedingungen für die oppositionelle Politik sich angesichts der groben, autoritären Strukturen des politischen Systems in der Türkei nicht wesentlich geändert haben, zeigen Seleks Beispiele möglicher Opposition (feministische Politik, politische Praxis, die sich auf die armenische Frage, auf die kurdische Frage bezieht), dass die oben genannte These insoweit zutrifft, politische Kämpfe würden heute eher im Bereich der sozialen Konflikten stattfinden. Indem Selek unsere Aufmerksamkeit darauf lenkt, dass es neben einem starken repressiven Staatsapparat in der Türkei über Jahrhunderte eine nicht zu übersehende Widerstandstradition in der Region gegeben hat, relativiert sie das oben geschilderte Bild des „türkischen Staates als omnipotenter, starker Staat:“

„Seit dem Osmanischen Reich hat es in der Türkei immer wieder Widerstände gegen Macht, Ausbeutung und Unterdrückung gegeben. Hier haben wir es mit einem der ältesten Staaten der Welt samt seiner furchterregenden Apparate zu tun. Der türkische Staat hat immer systematisch Gewalt und Unterdrückung ausgeübt, dennoch hörte der Widerstand nie auf. Die Bevölkerung hat immer wieder versucht, Wege und Möglichkeiten für den Widerstand zu finden und Widerstand zu leisten. Auch in Momenten, als man glaubt, dass es nie wieder dazu kommen kann, kommt es zum Widerstand. Was den Widerstand angeht, ist die Türkei ein gesegnetes Land. Es gibt hier ein ernstzunehmendes Widerstandserbe.“ (Interview mit Pınar Selek)

Mit Hinblick auf die Frage, ob und wie die ProtagonistInnen der hier erforschten oppositionellen Gruppen sich in ihrer politischen Praxis auf den vorher dargelegten liberalen Zivilgesellschaftsdiskurs (s. Kapitel III u. IV) beziehen, so können zusammenfassend die folgenden Punkten benannt werden:

Anders als der liberale Diskurs, welcher seine Staatskritik an die kemalistische Staatsideologie und an die republikanischen, zentralistischen Strukturen richtet, geht es den ProtagonistInnen der oppositionellen Bewegungen nicht vor allem um eine Staatskritik, sondern um eine Systemkritik, worunter sie die Kritik am Kapitalismus unter Einbeziehung einer Kritik des Patriarchats verstehen.

Darauf aufbauend wird nicht ein idealistisches normativ verstandenes Zivilgesellschaftsmodell als Sphäre der demokratischen Kräfte gepflegt, sondern durch ein differenziertes Modell zwischen den pro-systemischen (nicht-kritischen) Zivilgesellschafts-Organisationen und den wirklich unabhängigen NGOs in der türkischen Gesellschaft unterschieden, auch wenn diese Unterscheidung selbst an bestimmten normativen Kriterien und politischen Positionierungen festgemacht wird.

Damit zusammenhängend, wird auch die Relevanz und Nützlichkeit der Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Staat in Frage gestellt und der Herrschaftscharakter der Geschlechterverhältnisse über die Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre erfasst.

Dennoch muss hier notiert werden, dass, auch wenn sie in der Staat vs. Zivilgesellschaft – Dichotomie nicht befangen sind, sich die politischen AktivistInnen an den Starken-Staat-Diskurs zumindest zu Beginn ihres Engagements richteten und teilweise heute noch richten.

VII.2 DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN SOZIALEN BEWEGUNGEN, NGOs UND DEM STAAT IN DER TÜRKEI

Im ersten Teil dieses Kapitels habe ich die Interviews in Hinblick auf die Konzepte Zivilgesellschaft, Staat, Öffentlichkeit, Private Sphäre und Oppositionelle Politik und deren Bedeutungen für die ProtagonistInnen in ihren politischen Praxen bewertet. In diesem zweiten Teil fokussiere ich die bewegungspolitischen Dynamiken der erforschten Gruppen und stelle meine Ergebnisse hinsichtlich der spezifischen Interaktionsformen zwischen den Sozialen Bewegungen, ihren Organisationen mit der Zivilgesellschaft und mit dem Staat vor. Anhand meiner Analyse der Befunde aus der Feldforschung, werden auch Thesen aufgestellt, die

neue Forschungsfragen aufwerfen und die es nach meines Erachtens wert sind, weiter erforscht zu werden.

VII.2.1 Zur politischen Wirksamkeit der Sozialen Bewegungen

Im Folgenden werde ich die politische Wirksamkeit und den Einflussbereich der hier bearbeiteten Sozialen Bewegungen unter vier Kriterien betrachten. Diese Kriterien geben Hinweise über die Bewegungsdynamiken der jeweiligen Sozialen Bewegung. Viel wichtiger aber ist, dass sie Einblicke in das Verhältnis zwischen Sozialer Bewegungen und Zivilgesellschaft und somit zivilgesellschaftlichen Dynamiken im türkischen Kontext ermöglichen.

a) Übersetzbarkeit der Anforderungen in die Sprache der konventionellen Politik

Inwieweit die von den Bewegungen an die politische Öffentlichkeit oder die politischen Institutionen gerichteten Themen und Kritikpunkte dort auf Resonanz stoßen, also von den jeweiligen Institutionen und Akteuren aufgenommen und umgesetzt werden, hängt auch davon ab, wie „übersetzbar“ diese Anforderungen in die Sprache der konventionellen Politik sind.

In dieser Hinsicht müssen die beiden Phasen der türkischen Frauenbewegung – die erste feministische Phase (1980-1990) und die zweite Phase der Institutionalisierung der Frauenbewegung (1990 bis heute) – unterschiedlich bewertet werden. Trotz der großen Resonanz, die Frauenthemen in der medialen Öffentlichkeit und auf der Ebene der politischen Parteien gefunden hatten,¹ symbolisiert die erste feministische Phase einen Zeitraum, in dem die Feministinnen einen eigenen, unabhängigen *Bereich des Politischen* zu definieren versuchten und es bevorzugten, unter sich zu bleiben. So deklarierten die Feministinnen die *Private Sphäre* als Arena der feministischen Politik mit Bezug auf das feministische Motto „the private is political.“ (s. Tekeli 1991). Ich behaupte, ein feministisches Politikverständnis, das sich ausschließlich auf die patriarchalen Herrschaftsmechanismen innerhalb der familiären Beziehungen, also der privaten Sphäre, beschränkt, übersieht deren Verwobenheit mit den Herrschaftsmechanismen der Sphäre der Öffentlichkeit. In dieser Hinsicht kann behauptet werden, dass die Frauenorganisationen der zweiten Phase mehr an der politischen Öffentlichkeit orientiert waren, dass sie ihre Aktivitäten mehr im Rahmen der öffentlichen Sphäre verstanden haben. Dabei stellt sich aber die Frage, inwieweit die Frauen-

1 Für die Aufnahme der Frauenthemen in die Programme der verschiedenen Parteien zur allgemeinen Wahl Anfang der 1990er-Jahre siehe Arat (1994); zu den Reaktionen der feministischen Gruppen darauf siehe Kapitel V dieser Arbeit.

gruppen dieser zweiten Phase die Radikalität der ersten Phase, nämlich die radikale Kritik an den patriarchalen Verhältnissen der privaten Sphäre, beibehielten und sich von dieser Kritik in ihren politischen Aktivitäten haben inspirieren lassen.²

In Hinblick auf die liberale Bewegung kann von einem Problem der Übersetzbarkeit ihrer Themen und der Ziele ihrer Organisation (der Gesellschaft zur Förderung liberalen Gedankenguts) nicht gesprochen werden. Die liberale Bewegung, die sich seit Anfang der 1990er-Jahre in der türkischen politischen Szene organisiert, hat auf die Liberalisierungswelle der Özal-Regierungen in den 1980er-Jahren gesetzt. So haben die liberalen Themen und Ansätze³ seit den späten 1980er-Jahren nicht nur auf der Regierungsebene, sondern auch in der medialen Öffentlichkeit durch Kolumnisten wie Mehmet Altan, Cengiz Çandar, Mehmet Barlas und Hikmet Özdemir⁴ sowie unter AkademikerInnen Popularität und Legitimität genossen.

Dagegen mussten die ProtagonistInnen der Menschenrechtsbewegung für deren Akzeptanz, für die Aufnahme und Etablierung einer Sprache der Menschenrechte sowohl auf der Regierungsebene als auch in der öffentlichen Sphäre kämpfen. Dennoch kann auch hier nicht von einem Problem der Übersetzbarkeit gesprochen werden. Ganz im Gegenteil: Die kurdische Frage, die noch immer eines der heikelsten Themen in der türkischen Öffentlichkeit darstellt, hat nicht nur innerhalb der Türkei, sondern auch jenseits der Grenzen eine unvergleichbare Legitimität genossen. Die kurdische Frage bildet bis heute den Kristallisationspunkt der politischen Kämpfe, die durch den Menschenrechtsverein thematisiert werden:

-
- 2 Ayşe Ayata betont, dass der Erfolg der Frauenbewegungen der zweiten Phase in deren Lobbyaktivitäten, in ihrem Verhältnis zu staatlichen Institutionen liege, und bewertet diese Phase als erfolgreicher im Vergleich zur feministischen Bewegung der ersten Phase – auch in Bezug auf die Zahl der erreichten Frauen und der daher erreichten, breiteren Basis. Dennoch verweist sie auf die Grenzen dieses Erfolgs und merkt an, dass die feministische Bewegung einen radikaleren Diskurs hatte (s. Ayata: 1997: 87).
 - 3 Die Soziologin Göle stellt fest, dass die 1990er-Jahre in der Türkei durch die Befreiung und den Legitimationsgewinn des liberalen Diskurses unter den politischen Eliten gekennzeichnet sind (s. Göle 1993c: 12). Dennoch erkennt sie bei näherer Betrachtung, dass der Liberalismus fälschlicherweise für einen anarchistischen Individualismus (s. ebd.: 16) gehalten und mit Westernismus (s. ebd.: 17) verwechselt wird. Darüber hinaus stellt sie fest, dass die Etablierung des ökonomischen Liberalismus nicht mit der Etablierung des politischen und ethischen Liberalismus in der Türkei einherging (s. ebd.).
 - 4 Für eine Analyse der Diskurse über *second-republikanism*, *civil islamism* und *post-liberalism* anhand der Zeitungsbeiträge der oben genannten Kolumnisten siehe Erdoğan & Üstüner (2002).

„At the civil society level, the Kurdish issue was raised by the *İnsan Hakları Derneği*-İHD (Human Rights Association), the *İnsan Hakları Kurumu*- İHK (Human Rights Institution), the Turkish Branch of the *Helsinki Citizens' Assembly*- HCA, the Yeni Demokrasi Hareketi- YDH, the Union of Business Chambers and Stock Markets-TOBB, and some student and bar associations. The İHD took up the Kurdish issue through the human rights angle.“ (Şimşek 2004a: 132)

Ähnlich wie die kurdische Bewegung, die ihre Identitätsansprüche und die damit verbundenen politischen Anforderungen im Rahmen des Menschenrechtsdiskurses erfolgreich in der politischen Öffentlichkeit artikulieren konnte, ist auch die kurdisch-feministische Bewegung erfolgreich gewesen. Durch Bezugnahme auf den US-amerikanischen schwarzen Feminismus⁵ haben es die kurdischen Frauen geschafft, nicht nur ihre ethnische und ihre Geschlechteridentität im Rahmen eines feministischen Diskurses zu vereinbaren, sondern auch eine Verbindung zwischen ihrer feministischen Politik und der diskriminierenden republikanischen Staatspolitik und dessen Bürgerschaftsregime herzustellen, indem sie sich mit den Frauen anderer Minderheiten der Türkei (der jüdischen, armenischen und griechischen) solidarisch erklärten. Daher kann die kurdisch-feministische Bewegung in Bezug auf politische Wirksamkeit und Stoßkraft ihrer feministischen Politiken im Vergleich zur türkisch-feministischen Bewegung als erfolgreicher bezeichnet werden.

b) Anschlussfähigkeit und Möglichkeiten

Eine andere Dimension der politischen Wirksamkeit Sozialer Bewegungen ist ihre Anschlussfähigkeit: Möglichkeiten, Verbündete zu gewinnen, Allianzen oder Zweckallianzen einzugehen, wenn es für die Durchsetzung der eigenen politischen Ziele benötigt wird. Die Chance, Verbündete zu finden und Allianzen einzugehen, kann für die türkische Frauenbewegung einerseits als gut, andererseits als schlecht eingeschätzt werden: Da die feministische Bewegung sowohl in Bezug auf die politische Karriere ihrer Protagonistinnen als auch in Bezug auf die Bewegungsideologie eine Erbin der marxistisch-linken Politik in der Türkei ist und sich selbst auch als Teil der oppositionellen Politik versteht, können ihre Chancen, mit den linken Gruppen Bündnisse einzugehen, theoretisch als gut eingeschätzt werden. Leider trifft dies, wie in dieser Arbeit auch gezeigt wurde, nicht zu. Die feministische Frauenbewegung musste sich, zumindest am Anfang, sowohl gegen linke Gruppen als auch gegen sozialistische Frauen zur Wehr setzen, bis diese vom Feminismus als Teil der oppositionellen Ideologie akzeptiert

5 Siehe Kapitel VI.2 in dieser Arbeit.

wurden. Dagegen ist es in den 1980er-Jahren kaum möglich, von Bündnissen mit muslimischen und kurdischen Frauen zu sprechen.⁶ Erst in den 1990er-Jahren – besonders im Rahmen der feministischen Zeitschrift *Pazartesi* – beginnen einzelne Initiativen der türkischen Feministinnen sich sowohl mit der islamischen als auch mit der kurdischen Frauenbewegung zu solidarisieren (s. Interview mit Ayşe Düzkan).⁷

Die Menschenrechtsbewegung, verkörpert durch den Menschenrechtsverein İHD, genießt in der Türkei bei einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure gerade aufgrund seiner Thematisierung der kurdischen Frage einen guten Ruf und Legitimität unter oppositionellen linken Gruppen und intellektuellen liberalen Akteuren genauso wie unter AkademikerInnen,⁸ aber auch unter bekannten JournalistInnen und öffentlichen Intellektuellen. Vor allem die „parteilose“ Haltung des Vereins, der für das Zusammenkommen und Zusammenhandeln verschiedener *systemkritischer* Gruppen, Parteien und Organisationen ein Dach bietet, wird betont (s. Interview mit Eren Keskin). Dennoch beklagen sich die Protagonistinnen der kurdischen Frauenbewegung in der Türkei über anfänglich fehlende Kooperation und Solidarität der verschiedenen Menschenrechtsbüros mit den kurdischen Frauen, die wegen Ehrenmorden und familiärer Gewalt bei dem Verein Hilfe und Beratung gesucht hatten. In dieser Hinsicht kritisiert Nebahat Akkoç, Vorsitzende des kurdischen Frauenzentrums *Ka-Mer*, die Haltung des Menschenrechtsvereins und hält fest:

-
- 6 Siehe für die diffamierenden Haltungen türkischer Feministinnen gegenüber den islamischen Feministinnen Eraslan (2002) und für eine rückblickende Selbstkritik der ausschließenden Haltung türkischer Feministinnen gegenüber den kurdischen Frauengruppen Savran (2005).
 - 7 Ayşe Düzkan betont im Interview anhand des Beispiels der muslimischen Feministin Konca Kuriş, die wegen ihrer immer mehr feministisch anmutenden Statements von religiösen Fundamentalistinnen ermordet wurde, wie wichtig es sei, sich mit den islamischen Frauen zu solidarisieren. Ähnlich betont sie die strategische Bedeutung einer feministischen Propaganda gegenüber kurdischen Frauen, die gerade ein Bewusstsein über eine nationale Identität entwickeln würden (s. Interview mit Ayşe Düzkan). Für die einzelnen Initiativen der türkischen Feministinnen für die Kooperationen mit anderen Frauengruppen siehe auch Wedel (2000b und 2001).
 - 8 Nach den Ergebnissen einer öffentlichen Umfrage aus dem Jahre 2002 ist der İHD einer der bekanntesten und vertrauenswürdigsten Menschenrechtsvereine in der Türkei. Die von der Gesellschaft zur Förderung des liberalen Gedankenguts durchgeführte Umfrage befragte ca. dreitausend Personen aus zwölf verschiedenen türkischen Städten nach der gesetzlichen und gesellschaftlichen Situation der freien Meinungsäußerung in der Türkei. (s. <http://www.koprudergisi.com/index.asp?Bolum=EskiSayilar&Goster=Yazi&YaziNo=572> und <http://www.kurdistan-post.com/News-file-article-sid-1806.html>); April 2008.

„Die Menschenrechte wurden so verstanden, als wären es nur die kurdischen Rechte oder die Rechte der Menschen, die sich in Untersuchungshaft befinden oder am kurdischen Befreiungskampf teilnehmen. Die hatten einen solchen Diskurs, beispielsweise wurde immer betont, dass sie zwischen Frauen und Männern nicht unterscheiden. ‚Der Mensch ist Mensch‘. Ich denke aber, das dient nur zur sexuellen Diskriminierung, zur Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.“ (Interview mit Nebahat Akkoç)

Die ProtagonistInnen der liberalen Bewegung, sowohl die liberal geprägten KolumnistInnen der Istanbuler Großmedien als auch die liberalen AkademikerInnen vom „Verein zur Förderung des liberalen Gedankenguts,“ gehen Bündnisse mit den islamisch-politischen Akteuren ein. Indem sie eine mildere, liberalere Version des Säkularismus, im Gegensatz zum strengen Laizismus der Kemalisten, vertreten, agieren die liberalen Intellektuellen eher als Vermittelnde zwischen islamisch-politischen Akteuren und der zentralistischen Staatstradition.⁹ Diese sich mit den islamischen Akteuren solidarisierende Rolle lässt sich etwa daran ablesen, dass viele liberale AkademikerInnen in den Zeitungen der islamischen Presse eine Kolumne haben.¹⁰ Diese Solidarität ist aber auch in der türkischen Öffentlichkeit als Allianz zwischen den liberal-demokratischen Intellektuellen und AkademikerInnen und der Partei AKP präsent. Die seit der Parlamentswahl von 2002 regierende Partei AKP hat durch die liberal-demokratischen Intellektuellen besonders während der Gesetzesänderungen und Reformpakete aus den Jahren 2002-2003 im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen eine intellektuell-ideologische Unterstützung erhalten.¹¹

9 Siehe auch Kapitel VI.3.2 im Feldforschungsteil dieser Arbeit.

10 Zu diesen liberalen AkademikerInnen und AutorInnen zähle ich Mustafa Erdoğan, Atilla Yayla, Ali Bayramoğlu und Etyen Mahçupyan, die auch regelmäßig in den islamischen Zeitungen *Zaman* und *Yeni Şafak* schreiben. Auch wenn an dieser Stelle kein Unterschied in Bezug auf die ideologische Position dieser Autoren gemacht wird, muss dennoch angemerkt werden, dass die ersten beiden sich als *liberal* und die letzten beiden sich als *Demokraten* verstehen und definieren.

11 Diese Allianz ist erst im Januar 2008 aufgrund des von der AKP eingebrachten Gesetzesentwurfes im Parlament für die Wiedezulassung des Kopftuchs an den Universitäten, unterstützt von der nationalistischen Partei MHP, auseinandergebrochen. Viele der liberalen AkademikerInnen und Intellektuellen, die gegenüber der AKP Regierung neutral eingestellt waren, haben ihre Kritik an der Parteipolitik geäußert und an die wichtigeren und dringenderen Gesetzesänderungen in Bezug auf den türkischen Strafrechtsparagrafen 301 und das Vereinsgesetz der christlichen Minderheiten, die für die Liberalisierung des politischen System nötig waren, erinnert (s. <http://www.yeniaktuel.com.tr/tur103,136@2100.html>, abgerufen im April 2008).

c) Repräsentation in der medialen Öffentlichkeit

Eine der wichtigen Dimensionen der politischen Wirksamkeit, sowohl für die sozialen Bewegungen als auch für die NGOs,¹² ist die Frage, wie viele der von ihnen problematisierten Themen, welche sozialen Konfliktlagen, Aktivitäten und Anforderungen an das politische System in den Medien Resonanz finden.

In Bezug auf mediale Rezeption genießen die türkische Frauenbewegung und die liberale Bewegung eine privilegierte Position. Die Popularität der Frauenthemen und der feministischen Kritik in den Medien kann zum Teil mit dem relativ frühen Erfolg der Frauenbewegung erklärt werden: Denn die von ihr artikulierten Themen wurden schnell in die Regierungsprogramme der verschiedenen Parteien integriert (s. Arat 1994) und zum Teil aufgrund der *unpolitischen* Wahrnehmung der Frauen durch die Medien als der *bunte, sanfte Teil der Zivilgesellschaft* dargestellt, als farbige Erscheinung in der öffentlichen Sphäre erklärt werden. Wenn der Grund für die Popularisierung der Frauenthemen *ihr unpolitischer oder/harmloser*¹³ Charakter war, bildet gerade der politische Charakter der liberalen Themen den Grund, warum sie in den Medien so viel Akzeptanz gefunden haben. So genießen im Demokratisierungs- und normativen Zivilgesellschaftsdiskurs die liberalen Themen, im Rahmen des Demokratisierungs- und des normativen Zivilgesellschafts-Diskurs, welche als diskursive Strategien für die Verwirklichung des neo-liberalen Gesellschaftsmodells in der Türkei verstanden werden sollen, eine breite Akzeptanz in den Medien.

Im Gegensatz zur türkischen Frauenbewegung und liberalen Bewegung muss der Menschenrechtsverein, der die Haltung und die Politik des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Frage grundsätzlich kritisiert, für jede mediale Aufmerksamkeit der Istanbuler Großmedien hart kämpfen (s. Öndül 2001). Dafür wendet sich der Verein, dessen Publikationen oder Berichte über Menschen-

12 Auf die Medienabhängigkeit der NGO-Arbeit und die asymmetrischen Verhältnisse zwischen Medien und NGOs wird in der Literatur aufmerksam gemacht: „Was das Publikum über die Aktivitäten und Meinungen der NGOs erfährt, ist in hohem Maße massenmedial vermittelt, d.h. NGOs sind abhängig von den Auswahlkriterien der Medien. Daraus leiten sich die Anpassungsprozesse der NGOs an die Medienerfordernisse ab, die die Ausdifferenzierung ihrer Sprecherrollen in Advokaten, Helden und Experten fördern.“ (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 50f.)

13 Allerdings werden die Frauen von der Regierung nicht immer als unpolitische und harmlose Akteurinnen gesehen. So intervenierte die Polizei bei Demonstrationen zum 8. März 2005 in Ankara und Istanbul besonders heftig. Mehrere Frauen wurden geschlagen, festgenommen und während der Demonstration brutal behandelt. Die Reaktion der regierenden AKP-Partei war eine Medienschelte: Die türkischen Medien hätten die Türkei vor den europäischen Ländern mit ihren Berichten und Bildern von schlagenden Polizisten und auf die Straße geworfenen Frauen blamiert. (s. <http://arsiv.sabah.com.tr/2005/03/07/siy101.html>, abgerufen im April 2008).

rechtsverbrechen des türkischen Staates in der Presse kaum Aufmerksamkeit finden, an kurdische Zeitungen wie *Gündem* und *Politika* oder an unabhängige Presseagenturen im Internet.¹⁴ Es wäre zu überprüfen, inwieweit die Berichte und Aktivitäten der kurdischen Frauenbewegung und Organisationen noch weniger Aufmerksamkeit in den Massenmedien bekommen.

d) Übertragbarkeit

Vielleicht ist die wichtigste Dimension der politischen Wirksamkeit Sozialer Bewegungen die Übertragbarkeit ihrer Ideen, Vorstellungen und sozialen Projekten in die eigene Kultur. So stellt sich die Frage: „Wie viel lässt sich von der Kritik und den Einsichten der sozialen Bewegungen – z.B. über die Konstruiertheit der Geschlechteridentitäten – mit dem Alltagsverständnis, mit den kulturellen und sozialen Praxen der Massen in der Türkei vereinbaren, damit sie einen soziokulturellen Wandel im Gang setzen?

Bezugnehmend auf diese Frage, fällt die Bilanz für die türkische Frauenbewegung negativ aus: Denn – zumindest in den ersten zwei Dekaden – gelang den türkischen Feministinnen keine Synthese ihrer Ideen, ihrer radikalen Kritik und wertvollen Einsichten in das Leben der Frauen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in der Türkei. Trotz 20 Jahre Erfahrung im feministischen Aktivismus, trotz der Radikalität ihrer Kritik¹⁵ und trotz der weitverbreiteten Rezeption der Frauenthemen in der türkischen Öffentlichkeit muss festgestellt werden, dass die zweite Frauenbewegung in ihrer Ideologie und in ihren Organisationsformen¹⁶ elitär geblieben ist. Da sie die Ideen und Organisationskulturen feministischer Bewegungen aus den westlichen Ländern übernommen hat – meistens ohne zu versuchen, einen einheimischen Feminismus zu erschaffen, der die länderspezifischen Probleme der Frauen berücksichtigt und den spezifischen Kontext ihres Lebens problematisiert hätte – konnte sie keine große Anzahl von Frauen erreichen.¹⁷

14 Siehe Kapitel VI.3.1 in dieser Arbeit.

15 In dieser Hinsicht notiert Kandiyoti, wie schwierig es sei, dass die Themen und Ansätze des radikalen Feminismus in den Gesellschaften des Mittleren Ostens rezipiert würden. Die Wissenschaftlerin weist darauf hin, dass Themen wie sexuelle Emanzipation, Betonung der individuellen Autonomie und Individualisierungsprozesse der Frau sowohl wegen der kulturellen Tabus als auch wegen der harten sozio-ökonomischen Strukturen, denen beide Geschlechtern ausgesetzt seien, kaum Akzeptanz fänden (s. Kandiyoti 1996: 14f.)

16 Siehe den Exkurs über die Probleme der feministischen Organisation im Teil der türkischen Frauenbewegung in Kapitel VI in dieser Arbeit.

17 Allerdings muss notiert werden, dass der Dritte-Welle-Feminismus und die jüngere Generation der feministischen Aktivistinnen in dieser Hinsicht eine Ausnahme bilden. So sehen wir vermehrt in den 2000er-Jahren nicht nur die Bereitschaft und aktive Ge-

Für die kurdische Frauenbewegung fällt die Bilanz in Bezug auf die gestellte Frage positiver aus. Da sie von Anfang an die *epistemologische Gewalt der weißen Frauenbewegung* sowohl im türkisch- als auch im europäisch-feministischen Kontext kritisiert hatten (s. Kayhan in Roza, Vol. 17, 2000), konnten die kurdischen Feministinnen eine organischere feministische Ideologie, die auf alltägliche Probleme und praktische Lebenslagen der kurdischen Frauen Antworten und Lösungen anbietet, schaffen. So werden die zentralistischen und hierarchischen Wissensproduktionsmechanismen an den Universitäten von der kurdischen Aktivistin Berivan Kum kritisiert und die Abkopplung der Theorie von der Praxis im Rahmen ihrer Diskussion, wie feministische Wissensproduktion aussehen soll, infrage gestellt:

„Sowohl an den Universitäten als auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist eine Tendenz zu beobachten, die das Wissen zentralisiert und somit den Zugang der breiten Schichten und Gesellschaftsmitglieder zu ihm unterbinden möchte. Diese Tendenz ist auch in Europa zu beobachten. Ferner ist auch innerhalb der linken und feministischen Bewegung eine Marginalisierung und eine Abkehr von der Gesellschaft zu beobachten. Auch diese Bewegungen enthalten der Bevölkerung das Wissen vor und lassen auf diese Weise neue Hierarchien entstehen. Nach unserer Meinung ist Feminismus eine antihierarchische Bewegung, und wir akzeptieren die Hierarchien nicht. Der Lebensraum, den wir errichten möchten, muss seine Theorie aus unseren Lebenserfahrungen und -weisen schöpfen und diese Theorie wiederum muss dann auf unser Leben zurückwirken.“ (Interview mit Berivan Kum).

Ausgehend von ihrer Kritik an der Wissensproduktion und der Abkopplung der Theorieproduktion von der Praxis kann abgeleitet werden, dass die kurdischen Frauen einen weniger elitären und basisnäheren Feminismus etabliert haben. Die politische Praxis der kurdischen Frauen-NGOs wie Gökkusagi und Ka-Mer, die in dieser Arbeit geschildert wurde, ist ein weiterer Beleg für diese These.

Hat die Menschenrechtsbewegung es geschafft, die *Sprache der Rechte*¹⁸ zum Teil der politischen Kultur des Landes zu machen? Sind der Rechtsstaat und

staltung der vielfältigen Solidaritäts-Netzwerke mit den verschiedenen (islamischen und kurdischen) Frauengruppen und Organisationen (s. Somersan 2011: 97-102; Acar & Altunok 2009), sondern auch kritische Reflektionen über die ideologischen Prämissen und Errungenschaften des Zweite-Welle-Feminismus in der Türkei. Siehe auch das Interview mit Berivan Kum in dieser Arbeit.

- 18 Die Betonung der Rechte der BürgerInnen im Gegensatz zur republikanischen Tradition, welche die Aufgaben der BürgerInnen gegenüber dem türkischen Staat betont, ist ein wichtiger Bestandteil der liberal-demokratischen Positionierung in der Türkei. Siehe für die Verwendung des Begriffs „die Sprache der Rechte“ Keyman & Içduygu (2005: 3).

die Achtung der universalen Menschenrechte zum selbstverständlichen politischen Ziel der sich demokratisch verstehenden Akteure in der Türkei geworden? Dank des politischen Rahmens der kurdischen Frage, in dem der Menschenrechtsdiskurs in der Türkei mobilisiert wurde, dank der Tatsache, dass dieser Diskurs den sozialen, von der Gewalt des türkischen Staates betroffenen Akteuren, egal ob kurdisch oder nicht, eine Sprache anbot, mit deren Hilfe sie eine Subjektposition beziehen und Widerstand leisten konnten, hat sich der Menschenrechtsdiskurs im Alltagsverständnis des türkischen politischen Leben etablieren können. Die weitverbreitete Akzeptanz und Legitimität des Menschenrechtsdiskurses ist mittlerweile auch außerhalb der kurdischen Frage zu beobachten. Der Menschenrechtsdiskurs ist heute, darauf weist Nükhet Sirman hin (Interview mit Nükhet Sirman), einer der dominanten Diskussionsrahmen in der politischen Öffentlichkeit der Türkei geworden.

Wie viel von den liberalen Werten und der Weltanschauung konnte die liberale Bewegung zum Alltagsverständnis der Massen machen? Wie viele von den Prämissen des politischen, ökonomischen und ethischen Liberalismus konnten sich in das Alltagsleben der zivilgesellschaftlichen Akteure einschreiben? Trotz des Erfolgs und der Legitimität der Werte des ökonomischen Liberalismus unter den politischen Akteuren konnte sich weder der politische noch der ethische Liberalismus unter den BürgerInnen des Landes etablieren (s. Göle 1993c und 1994a).

VII.2.2 Kult der Opposition: Kontinuitäten und Brüche in der Aktionskultur der oppositionellen Gruppen in der Türkei

Gemeinsamer Ausgangspunkt der ProtagonistInnen der türkischen und der kurdischen Frauenbewegung, der liberalen und der Menschenrechtsbewegung, mit denen ich Interviews geführt habe, ist, dass sie sich alle als Teil der oppositionellen Politik sehen. Mit Ausnahme der jüngeren ForschungspartnerInnen haben sie alle an oppositionellen Bewegungen vor 1980 teilgenommen. Ausgehend von einer der Hypothesen dieser Arbeit, nämlich dass mit dem Putsch von 1980 eine Transformation der Form der politischen Arbeit – von einer klassenbasierten Politik hin zu Identitätspolitiken – stattgefunden hat, war eine der Forschungsfragen im Feld darauf gerichtet, herauszufinden, ob und wie meine ForschungspartnerInnen in ihren Politisierungsprozessen und politischen Karrieren einen ähnlichen Bruch erlebt haben und darüber reflektiert haben.

Da sie sich heute noch in der oppositionellen Politik positionieren und sich in den Darstellungen ihrer Politisierungsprozesse auf die oppositionelle Politik vor 1980 beziehen, kann eine Kontinuität in Form und Kultur der oppositionellen

Politik und daher die Berichtigung meiner These angenommen werden. Eine nähere Betrachtung zeigt aber, dass eine solche Schlussfolgerung so schnell nicht gezogen werden kann. Worin besteht die oppositionelle Politik dieser Gruppen? Ohne Ausnahme haben alle meine InterviewpartnerInnen als ihr endgültiges politisches Ziel und Beweggrund ihres politischen Handelns den „Kampf gegen das System“ genannt und sich als „systemkritisch“ eingeordnet. Darüber hinaus konkretisieren sie ihr politisches Ziel als „Transformation der existierenden gesellschaftlich-politischen Verhältnisse“, die sie zum Teil im Rahmen der „Verbreitung der demokratischen Partizipationskanäle“ und im „Demokratisierungsprozess der Türkei“ zu verwirklichen hoffen. Während die türkischen Feministinnen unter Transformation konkret geschlechtergerechtere gesellschaftliche Verhältnisse verstehen, halten die kurdischen Feministinnen die Verwirklichung einer Geschlechterdemokratie nur zusammen mit der Lösung der kurdischen Frage für sinnvoll. Die Liberalen wiederum thematisieren die Beschränkungen eines streng laizistischen Modells und die extensive Einmischung des türkischen Militärs in das politische Leben als Hindernisse im Demokratisierungsprozess. Für die ProtagonistInnen der Menschenrechtsbewegung steht vor allem die Errichtung eines transparenten Rechtsstaatssystems, welches die Rechte aller BürgerInnen des Landes berücksichtigt, im Vordergrund.

Die „Transformation der existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse“ als politisches Ziel ist auch im revolutionären Aktionismus der linken politischen Gruppen im Zeitraum vor 1980 wiederzufinden. Viele meiner InterviewpartnerInnen haben ihre ersten politischen Erfahrungen in den links-marxistischen politischen Organisationen vor 1980 gesammelt. Deshalb ist es möglich, zwischen dem Jargon, der Rhetorik, den Utopien, den Zielen und den intellektuellen Quellen der damaligen politischen Gruppen und heutigen oppositionellen Bewegungen Parallelen zu finden. Es ist aber nicht möglich, von einer Kontinuität ohne Umbruch zu sprechen. Zwar findet man bei den heutigen Sozialen Bewegungen Kontinuität in den Formen und Kulturen der oppositionellen Politik in der Türkei, nämlich indem sie sich auf das Erbe der politischen Aktionskultur der linken Gruppen vor 1980 beziehen. Da sie sich aber mit der Ideologie und der politischen Kultur der damaligen linken Gruppen auseinandersetzen und hierarchische Verhältnisse, Leninismus, den Elitismus dieser Gruppen und deren jakobinische Organisationskultur kritisieren und darüber hinaus neue Organisationsmodelle schaffen und neue Ziele definieren – und indem sie sich „als Opposition innerhalb der Opposition“ oder „als Opposition zur Opposition“ positionieren, wie dies besonders von den kurdischen Aktivistinnen in den Interviews betont wird – markiert dies wiederum einen Bruch mit dem Erbe der oppositionellen Politik vor 1980.

VII.2.3 Der Kontakt und Austausch mit dem Ausland – Unterstützung durch transnationale NGO-Netzwerke

Ein weiterer gemeinsamer Punkt bei allen hier untersuchten Bewegungen und ihren Organisationen ist das Vorhandensein von Auslandskontakten und der Austausch mit anderen internationalen NGOs – und zwar in vielfältigen Beziehungen und vom Gründungszeitpunkt an. Dieser Austausch in Bezug auf Ideologie, Organisation, Kultur, Wissenstransfer und finanzieller Unterstützung ist bei allen Bewegungen und Organisationen ohne Ausnahme so auffällig, dass daraus abgeleitet werden kann, dass dieser vielfältige Austausch einen definierenden Charakter darstellt.

Die ersten Spuren des Feminismus in der Türkei können, bevor er überhaupt mit Selbsterfahrungsgruppen im Zeitraum nach 1980 einsetzte, bis zur ersten Weltfrauenkonferenz 1975 zurückverfolgt werden (s. Tekeli 1989b).¹⁹ Das Auftauchen des Begriffs *Feminismus* in der türkischen Öffentlichkeit fällt zusammen mit dem Türkeibesuch der französischen Feministin Giselle Halimi im Jahr 1982.²⁰ Die erste Aktivität des feministischen Frauenkreises ist die Gründung eines Buchklubs und die Übersetzung der Klassikerinnen der feministischen Literatur, wie Alice Schwarzer und Simone de Beauvoir, ins Türkische. Die Beispiele für den intellektuellen und organisatorischen Austausch der zweiten Frauenbewegung in der Türkei mit anderen Frauenbewegungen in Europa und den USA lassen sich leicht erweitern. Ich möchte hier eher die von Anfang an bestehende Internationalität und die transnationale Vernetzung der türkischen Frauenbewegung und deren Konsequenzen für die Wissensproduktion und die Politik innerhalb der Türkei betonen. Diese Internationalität ist aber in der Literatur bislang kaum betrachtet worden.²¹

Bei der Menschenrechtsbewegung und dem Menschenrechtsverein sind die transnationale Vernetzung und der intellektuelle und organisatorische Austausch mit dem Ausland nicht weniger auffällig. Angesichts der schwierigen politischen Bedingungen und angesichts des beschränkten Zugangs zu den türkischen Mas-

19 Als einen der Meilensteine in der Entstehung der feministischen Bewegung in der Türkei wertet Şirin Tekeli die Teilnahme einiger türkischer Akademikerinnen (unter anderen sie selbst) an der von der UN veranstalteten ersten Weltfrauenkonferenz (UN-Dekade der Frau) und die sich daraus ergebende wachsende Sensibilität gegenüber Frauenfragen unter türkischen Akademikerinnen zum Ende der 1970er-Jahre.

20 Siehe Kapitel VI.1 in dieser Arbeit.

21 Auch im Kontext der deutschen Frauenbewegung wurde das kaum registriert. Regina Dackweiler und Reinhild Schäfer schlagen vor, die Bedeutung des internationalen theoretischen Austauschs „als eine Ressource zu begreifen, die der Bewegung zur Verfügung stand, und sich günstig auf deren Entwicklung auswirkte.“ (Dackweiler/Schäfer 1999: 201f.)

senmedien ist die Menschenrechtsbewegung gerade und in mehrerer Hinsicht auf diese Internationalität angewiesen. Gerade die transnationalen Menschenrechtsnetzwerke bieten Unterstützung und ein weiteres Legitimationskapital unter solch schwierigen politischen Bedingungen:

„In Prozessen der demokratischen Transformation von Staaten können innenpolitische Oppositionsgruppen den Kontakt zu transnationalen Netzwerken der Menschenrechtsbewegung nutzen, um ihre eigene Position zu stärken und ihren Handlungsspielraum zu erweitern.“ (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 32)

Da „mit dem Menschenrechtsregime internationale Normen entstanden sind, denen die Nationalstaaten verpflichtet sind“ (Benhabib 1999: 112; zit. n. Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 31), kann der Menschenrechtsverein daraus enorme Legitimität für seine eigene Position im Land schöpfen und kann gleichzeitig durch seine transnationalen Netzwerke mit anderen Menschenrechtsorganisationen im Ausland auf den türkischen Staat Druck ausüben und dafür sorgen, dass die Menschenrechtsabkommen, die der Staat unterzeichnet hat, auch in die Regierungspolitik implementiert wird:

„Die transnationalen Menschenrechtsnetzwerke und NGOs beeinflussen nicht nur die internationale Politik. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung von Menschenrechtsnormen in den einzelnen Staaten.“ (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 33)

In der Summe ist der Auslandskontakt, der Austausch bei den untersuchten Bewegungen und ihren Organisationen so prägend, dass in manchen Fällen vielmehr von einem Modell-Nehmen, von einer Übertragung von Vorbildern als von einem Austausch gesprochen werden kann. So hat der Verein zur Förderung des liberalen Gedankenguts in Ankara sich das Institute of Economic Affairs (IEA), welches 1956 in London von dem von Hayeks Ideen stark beeinflussten Antony Fisher gegründet worden war, als Vorbild genommen (s. Yayla 1996).²² Die Auslandskontakte, der ideologische und der organisatorische Austausch der kurdischen Frauen-NGOs mit Frauen-NGOs aus den USA und Europa sind vergleichbar. Die kurdischen Frauen-NGOs genießen aber zusätzlich die internationalen Kontakte und die Solidarität durch die Migrantinnenorganisationen, die in

22 Siehe auch den Teil „Liberale Bewegung“ im Feldforschungskapitel in dieser Arbeit.

Europa (in Deutschland, Frankreich, Schweden, Holland, Belgien und Dänemark besonders intensiv) und in den USA gegründet worden sind.²³

Finanzielle Unterstützung

Der Auslandskontakt der NGOs ist nicht nur auf die ideologisch-organisatorische Ebene beschränkt, viele der NGOs existieren und führen Projekte nur dank der finanziellen Unterstützung der verschiedenen internationalen NGOs durch. Neben den internationalen NGOs kommen der EU als Institution und dem Beitrittsprozess der Türkei eine besondere Rolle zu. So konnte beispielsweise die Veröffentlichung der feministischen Zeitschrift *Pazartesi* in den 1990er-Jahren erst durch ca. 5.000.000 DM Spendengelder durch die FAS (FrauenAnstiftung) der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland verwirklicht werden. Als die finanzielle Unterstützung durch die Stiftung eingestellt wurde, konnte die Zeitschrift dank finanzieller Unterstützung einer amerikanischen Stiftung für weitere anderthalb Jahre erscheinen.²⁴ Die kurdische Frauenorganisation *Ka-Mer* in Diyarbakır verdankt die erfolgreiche Umsetzung ihres Projekts über Frauen, die von Ehrenmorden bedroht sind und in der kurdischen Region angesiedelt war, der schwedischen Regierung. Die Projekte der feministischen Frauenorganisation Amargi und der kurdischen Frauenorganisationen *Gökkuşığı* in İstanbul sowie *Ka-Mer* in Diyarbakır konnten dank der finanziellen Unterstützung des Frauenfonds des Unternehmerinnenvereins (KAGİDER- *Kadın Girişimciler Derneği*) verwirklicht werden, der wiederum unter anderem vom Georg Soros Open Society Institute Spenden bekommt (s. Open-Society-Bericht 2006: 117). Die Abhängigkeit der kurz- und langfristigen Projekte von Spenden internationaler Institutionen hat verschiedene Konsequenzen für die NGO-Arbeit im Konkreten, aber auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure und für die Parameter der Politik im ganzen Land. Diese Konsequenzen und ihre Auswirkungen werden im nächsten Kapitel thematisiert.

23 Für eine ausführliche Darstellung transnationaler Netzwerke und zum Austausch der kurdischen und türkischen Frauenbewegung mit westeuropäische und US amerikanischen Feminismen siehe Al-Rehholz (2011).

24 Siehe weiterführende Ausführungen zu *Pazartesi* Kapitel VI in dieser Arbeit.

VII.2.4 Neue Parameter der Politik im post-nationalen Zeitraum – Das Miteinander von Konflikt und Kooperation zwischen NGOs und türkischem Staat

Drei Anekdoten

- I. Der Staat glaubt immer noch, dass er die Vertretung Gottes auf Erden ist. Eines Tages kam ein Anruf, sie sagten, „wir sind von dem Ministerium X und wir brauchen dringend eine zivilgesellschaftliche Organisation“. Was soll man da noch sagen, wenn man einfach so anruft und eine NGO „bestellt“? Mir fällt nichts anderes ein, außer zu sagen „wie soll denn diese zivilgesellschaftliche Organisation aussehen?“. Das ist kein Scherz, man hat uns angerufen und gesagt, „wir sind von dem EU-Projektteam des Ministeriums X, wir wollen von der finanziellen Unterstützung der EU für Nichtregierungsorganisationen profitieren, da wir aber als Staat nicht die Möglichkeit haben, unsere Projekte dort einzureichen, sind wir auf der Suche nach einer NGO, die diese Aufgabe übernimmt und das Projekt dort einreicht“. Man machte sich keine Gedanken darüber, ob eine NGO, die sie noch gar nicht kannten und die dieses Projekt noch nicht einmal gesehen hat, geeignet war, dieses Projekt durchzuführen. Daraufhin antwortete das Ministerium, „die NGO wird nur das Projekt beantragen, es wird aber von uns durchgeführt, dafür bekommt die NGO eine Provision“.
- II. Eines Tages kam ein bekannter, hochrangiger staatlicher Bürokrat mich besuchen. [...] Nach der Kaffee- und Teephase hat er angefangen zu erzählen: „Sunay, meine Liebe, wir waren so lange im Staatsdienst tätig, das hat uns nicht viel gebracht. Jetzt haben wir uns mit ein paar anderen Freunden, die ebenso ehemalige hochrangige Bürokraten sind, entschieden, eine Stiftung zu kaufen ...“ „Na dann, alles Gute!“, habe ich gesagt. Was soll ich denn da sagen? Dann habe ich noch gesagt, „für wie viel Geld habt ihr die Stiftung gekauft, wenn ich fragen darf?“. „Du weißt, dass in letzter Zeit der Markt durch die EU-Geschichte belebt ist. Wir haben etwas Glück gehabt, da wir uns vorher kannten, haben wir sie für 150 (Tausend) bekommen“, hat er gesagt. „Und was habt ihr vor mit dieser Stiftung?“, habe ich dann gefragt. „Eben deswegen bin ich ja jetzt hier. Nachdem wir die Stiftung gekauft haben, wollen wir ein Programm schreiben und uns einige Ziele setzen. Was würdest du uns in diesem Zusammenhang empfehlen? In welche Bereiche investiert die EU, worauf legen die EU-Hilfsfonds den Schwerpunkt? Sind es die Menschenrechte oder die Frauenfrage? Oder auch die Umweltfrage? Oder muss es gemischt, von allem ein bisschen sein?“, hat er

gefragt. Daraufhin habe ich gesagt, dass es am besten wäre, um „flexibel“ zu sein, wenn sie ihre Ziele als „allgemein“ definierten und sich nicht an einem einzigen Punkt festklammerten. „Meinst du, das geht mit ‚allgemein‘, so wie Allgemeinmediziner?“, fragte er mich dann.

- III. Eine Frau, die in einem Hilfsverein engagiert ist, erzählte: „Wir haben aufgehört, Kirmes zu machen, weil es anstrengend ist.“ Auf die Frage „ja, was macht ihr dann jetzt“ antwortete sie, „wir führen jetzt Projekte durch, das ist gewinnbringend“. „Aber die Vorbereitung und Durchführung von Projekten ist doch schwieriger als Kirmes“, sagte ich, daraufhin sagte sie „nein, nein, es gibt jetzt Firmen auf dem Markt, die für Vereine Projekte entwerfen, um sie dann bei den EU-Fonds einzureichen. Sie entwerfen sie nicht nur, sondern führen sie auch durch für jemanden, wenn man das so will.“ (Übersetzung von Demircan 2006).

Diese drei Anekdoten unter den Stichworten Korruption, Fehlentwicklung oder Instrumentalisierung finanzieller Quellen und zivilen Engagements der NGO-Arbeit zu interpretieren, würde meines Erachtens zu kurz greifen. Vielmehr müssen die Anekdoten als Beispiele für die Verstrickung des zivilgesellschaftlichen Bereichs mit dem staatlichen, die Verquickung der NGOs mit den staatlichen Institutionen und letztendlich die Verflechtung der zivilen Akteure mit den staatlichen Akteuren in der Türkei interpretiert werden. Diese Art der Verflechtung von NGOs und staatlichen Akteuren, so meine These, ist eher als Anzeichen der Etablierung einer neuen Regierungstechnik (*Governance*) in der Türkei zu lesen. Zu Erläuterung möchte ich zunächst auf folgende Fragen eingehen: Welche Rolle spielen NGOs als politische Akteure und welche Funktion kommt ihnen zu? Was kennzeichnet die NGO-Arbeit?

Die NGO-Arbeit hat für den gesellschaftlichen Kontext, in dem sie stattfindet, und für die politischen und die Wissensproduktionsprozesse wichtige Konsequenzen. NGOs sind Akteure in einer weltgesellschaftlichen politischen Szene, in der die Akteure von Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft und Recht miteinander grenzüberschreitend und in globalen Netzen kooperieren und kommunizieren (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 35). NGOs erbringen Informations- und Wissenstransfers zwischen nationalen und internationalen Netzwerken (ebd. 48). Viel wichtiger aber ist, dass sie nicht nur Wissen und Information transferieren, sondern selbst Wissen produzieren und an politischen Prozessen teilnehmen, indem sie Problembeschreibung leisten (ebd. 62). Diese Aktivität der Problembeschreibung darf aber keineswegs als ein neutraler Prozess unabhängig von der Politik verstanden werden. Im Gegenteil, in dem die NGOs bestimmte soziale Konflikte als solche erkennen und in dem sie für diesen Problembereich in Form

von Projekten Lösungen produzieren, nehmen sie aktiv teil am politischen Prozess. So stellt Demirović fest, dass die NGOs nicht nur Interesse vermitteln, sondern auch zur Interessenbildung beitragen:

„[...] NGOs [sind], so wie die sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre, eine Form der Reform der gesellschaftlichen Interessen und Kollektivbildung. Sie vermitteln nicht einfach Interessen, sondern tragen zu ihrer Formierung bei.“ (Demirović 2001: 166)

Problembenennung, Problembeschreibung als Teil der politischen Arbeit zu verstehen, das tut auch *Ka-Mer*-Vorsitzende Nebahat Akkoç, wenn sie selbstbewusst die Aufgabe der NGOs nicht nur in der Lösung der Probleme, sondern auch in deren Benennung sieht:

„Man denkt in der Türkei, die Feministinnen hätten sich, außer mit der Frauenfrage, mit nichts anderem beschäftigen wollen. Das stimmt so gar nicht. Wir stehen solch einer großen Problematik gegenüber, sodass keine Frauenorganisation sie alleine jemals bewältigen könnte. Wir reden hier von einem riesigen Problem. Wieso organisieren wir uns dann? Wir wollen das Problem benennen, an die Öffentlichkeit bringen, um dann über die Lösungsalternativen reden zu können. Im Grunde wollen wir Politik machen. Daher hat die Frauenproblematik mehrere Inhalte und ist mehrdimensional.“ (Interview mit Nebahat Akkoç)

Bei der Aufgabe der Beschreibung der lokalen Probleme hilft es den NGOs, dass sie über wertvolles lokales Wissen verfügen und dass sie als Experten dieses lokalen Wissens moralische Autorität und Vertrauen genießen – nicht nur auf der nationalen Ebene, sondern auch auf der internationale Ebene:

„NGOs verfügen über besonderes wissenschaftliches oder lokales Wissen, sie sind Teil umfangreicher Netzwerke und haben Kontakte, genießen an der Basis moralische Autorität und Vertrauen, sie sind nicht selten handlungsfähiger als korrupte staatliche Bürokratien oder können Aufgaben billig übernehmen, die staatliche Einrichtungen nur teuer oder aus hoheitlichen Gründen kaum wahrnehmen könnten.“ (Demirović 2001: 145)

Da NGOs, wie die Neuen Sozialen Bewegungen, eine Form der Selbstorganisation sind (ebd. 143) und aufgrund ihrer Expertise und ihrer moralischen Autorität können sie als Legitimitätsquelle für verschiedene politische Akteure agieren. Die Staaten sind – in der neuen Weltordnung – auf die Sozialen Bewegungen und NGO-Akteure als Quelle der Legitimität und auf deren Expertise angewie-

sen und in dieser Hinsicht sind die Grenzen zwischen den NGOs und den Staaten nicht so deutlich zu erkennen:

„The movements give the process of developing norms legitimacy, both nationally and internationally, and engagement with social movements also gives states access to the expertise within these movements. A growing number of activists are becoming state or United Nation officials or consultants, highlighting the greater fluidity between State and NGO boundaries.“ (Stienstra 1999: 268)

Im türkischen Kontext gewinnt dieser Legitimationsaspekt der NGO-Arbeit an besonderer Bedeutung. Da in der Türkei Bilanz in Bezug auf die Menschenrechte und Förderung der demokratischen Partizipationskanäle eher negativ ausfällt, sind die Regierenden und die Politiker auf die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure und NGOs dringend angewiesen. Dies fällt besonders bei der intensivierten Beteiligung der NGOs als politische Akteure in den Entscheidungsmechanismen im Prozess der Türkei-EU-Beitrittsverhandlungen auf (s. Tarih Vakfi 2001). Spätestens seit Anfang der 2000er-Jahre bildet der Ausdruck „mit der Unterstützung unserer Zivilgesellschaftsorganisationen“ eines der Hauptrhetorikamente im Jargon der PolitikerInnen – egal ob er aus dem Mund des Vorsitzenden der Islamischen Partei Tayyip Erdoğan oder des nationalistischen Parteivorsitzenden Devlet Bahçeli oder aus dem Mund des Vorsitzenden der republikanischen Volkspartei zu hören ist. In diesem Rahmen möchte ich besonders die konfliktreiche Zusammenarbeit der Frauen-NGOs mit der Ministerin für Frauenfragen erwähnen. Seit der Gründung der Generaldirektion zum Status der Frau und Frauenangelegenheiten im Jahr 1990 (s. Çubukçu-Uçan 2004b) sowie der Einrichtung des Ministeriums für Frauenangelegenheiten und Soziales kann dieses Verhältnis am besten als *Miteinander von Konflikt und Kooperation* bezeichnet werden. Die Frauenorganisationen, die sich auf ihre vergangenen Erfolge bei den Änderungen im Zivil- und im Strafrecht stützen, möchten eine aktivere Rolle in der Mitgestaltung der staatlichen Frauenpolitik spielen und im EU-Beitrittsprozess an den Entscheidungsmechanismen mitwirken.²⁵ Hingegen variiert die Haltung der staatlichen Akteure gegenüber den Frauen-NGOs zwischen Kooperation – auch wegen des großen Drucks der Europäischen Union

25 So besuchte z.B. eine Frauenplattform, bestehend aus 54 Frauenorganisationen verschiedener Städte der Türkei, am 6. Juli 2006 Nimet Çubukçu, Staatsministerin für Frauen- und Familienfragen, in Ankara, um ihre Forderungen bezüglich der Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft, der Zusammenarbeit zwischen den Frauenorganisationen und dem Ministerium und der Entwicklung einer gemeinsamen Frauenpolitik im Prozess des EU-Beitritts der Türkei mitzuteilen (s. <http://www.bianet.org/2006/07/28/82906.htm>, abgerufen im April 2008).

und der Vereinten Nationen auf die Regierung²⁶ – und dem Versuch, diese Zusammenarbeit mit möglichst wenig Zugeständnissen oder dem totalen Ausschluss auszunutzen.²⁷

Neben dem Legitimationskapital und der Problembeschreibungsfähigkeit hat NGO-Arbeit noch einen sehr wichtigen Aspekt – die finanzielle Abhängigkeit der NGOs von öffentlichen Ressourcen. Dies heißt:

„NGOs müssen, anders als die materiell und personell gut ausgestattete Lobby der Privatwirtschaft, die Öffentlichkeit suchen, um ihre Ressourcen erwirtschaften zu können.“ (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 56)

Die finanzielle Abhängigkeit bringt mit sich, dass die NGOs auf Projektbasis arbeiten. Die Probleme und die Konsequenzen dieser Arbeitsweise werden am Beispiel der Projekte, die im türkischen Kontext meistens durch ausländische Fonds finanziert werden (s. Aylin Örnek/Tarih Vakfı 2003), auch in der Öffentlichkeit thematisiert. Abgesehen von jenen Beispielen von Korruption und Betrug bei der Nutzung dieser Projektgelder – die ich anhand der oben erzählten Anekdoten veranschaulicht habe – hat die projektabhängige Arbeitsweise andere wichtige Konsequenzen sowohl für die Produktion des gesellschaftlichen Wissens als auch für die politische Organisation der Zivilgesellschaft: Etwa die Professionalisierung der NGO-Arbeit (Kentel 2003: 7) und die damit zusammenhängende, mögliche Entstehung der elitären Strukturen unter NGO-Personal (ebd. 8). Für die gesellschaftliche Wissensproduktion bedeuten der Elitismus und die Professionalisierung, dass den Organisationen meistens der Kontakt zur Ba-

26 Die Regierung in der Türkei steht unter dem Druck der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, besonders gegen *häusliche Gewalt* und gegen *Gewalt gegen Frauen* vorzugehen (s. http://www.fr-online.de/top_news/?sid=cfaded9264b740ef59fd485e7351341a&em_cnt=1061704, abgerufen im April 2008).

27 Hier muss dennoch angemerkt werden, dass trotz dieser Schwierigkeiten die Frauenorganisationen in dieser Beziehung eine vorteilhaftere Position mit mehr Handlungsspielraum im Vergleich zu den staatlichen Institutionen im EU-Beitrittsprozess innehaben und sich dessen durchaus bewusst sind. Der Grund dafür ist darin zu sehen, dass die Frauen als zivile Akteurinnen der feministischen Bewegung und verschiedener Frauenbewegungen als der Basis näher gelten und von daher, ausgestattet mit diesem Legitimationskapital, größeres Ansehen und Vertrauen in den Augen der EU-Akteure genießen als so manch staatliche Akteure. In dieser Hinsicht muss auch die Mitgliedschaft der türkischen Frauenorganisationen in der Europäischen-Frauen-Lobby (EWL) erwähnt werden. Im Oktober 2004 erhalten die Frauenorganisationen aus der Türkei den vollen Mitgliedschaftsstatus der EWL, was als Triumph der Frauenbewegung in der Türkei bejubelt wurde (s. <http://www.kazete.com.tr/index.php?sayfa=selma&bolum=yazarlar>, abgerufen im April 2008). Zum aktiven Engagement der Frauenbewegung für den EU-Beitritt der Türkei siehe Çubukçu-Uçan (2004c).

sis fehlt, dass ihnen die organische Verbindung zur Gesellschaft nicht zur Verfügung steht.²⁸ Dies wiederum führt dazu, dass das von den NGOs durch die Projekte produzierte Wissen nicht vergesellschaftet werden kann, die Basis nicht erreicht wird (s. Tarih Vakfı 2003: 164).

Die projektbasierte NGO-Arbeit führt aber nicht nur zur Professionalisierung und zu einer elitären Kultur im zivilgesellschaftlichen Bereich, sondern – gerade im türkischen Kontext zu beobachten – zur „weiteren Fragmentierung der Zivilgesellschaft.“ Ausländische internationale NGOs bieten finanzielle Möglichkeiten für die sozialen Gruppen, Ethnien und Kulturen, die vom hegemonialen Zentrum ausgeschlossen sind bzw. denen staatliche finanzielle und Machtquellen nicht zur Verfügung stehen, sich als politische Gruppe in der Zivilgesellschaft zu organisieren. Oder anders gesagt, diese Gruppen suchen nach jeglicher Solidarität (darunter finanzielle, ideologische oder organisatorische Unterstützung) der zivilgesellschaftlichen Netzwerke außerhalb der Türkei. So organisieren sich die Gruppen, die als Modernisierungsverlierer in der Türkei gelten, die von den von oben geführten staatszentrierten Modernisierungsprojekten nicht erreicht werden konnten oder besonders sanktioniert wurden, entlang der alternativen Identitäten. Dazu gehören auch die Identitäten, die von der säkularen universalistischen türkischen Identität der Republik nicht integriert werden können oder aber auch davon ausgeschlossen waren. So entstanden, nach Ferhat Kentel, alternative Kulturen und neue Gemeinschaften in der Zivilgesellschaft, die sich jeweils um eine alternative Lebensweise (z.B. die islamische) und alternative Kulturen (z.B. die kurdische oder die alevitische Kultur) in den eigenen NGOs organisieren und die jeweils eigene Projekte entwerfen (s. Kentel 2003: 4f.). Diese Entwicklungen können als Entstehung neuer Machtzentren (s. ebd.: 7) und als *weitere Fragmentierung der Zivilgesellschaft* entlang der *politischen Subkulturen/subalternen Identitäten* bezeichnet werden.

Das Modell der NGOs als „gesellschaftliches Gegengewicht, als Protestposition“ (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 48) zu deuten, erweist sich für den türkischen Kontext als problematisch. Es ist sinnvoller, von untereinander konkurrierenden, sozialen Gruppen zu sprechen, die *innerhalb der Zivilgesellschaft* um die Durchsetzung der jeweils von ihnen propagierten Werte, der verteidigten Lebensweisen und Weltanschauungen kämpfen. Weiterhin ist es jedoch möglich, zwischen den „systemkritischen“ und „pro-systemischen“ Gruppen/NGOs²⁹ zu

28 Für die Kritik der elitären Kultur der NGOs und die Kritik an der Professionalisierung der NGO-Arbeit siehe das Interview mit Pinar Selek im ersten Teil dieses Kapitels.

29 Anhand der Begriffe „machtkritisch“ vs. „nicht machtkritisch“ und „wirklich unabhängige Zivilgesellschaft“ unterscheidet die anti-militaristische Feministin und Soziologin Pinar Selek zwischen den Zivilgesellschaftsorganisationen, die das existierende

unterscheiden. Dennoch bleibt die Frage, ob systemkritisch zu sein gleichzeitig auch die Entwicklungsperspektive einer emanzipatorischen Politik mit einschließt, zumal Identitätspolitik selbst der herrschaftskritischsten zivilgesellschaftlichen Akteure zu homogenisierenden Identitätsprojekten kippen können.

Wie beim normativen liberalen Modell der Zivilgesellschaft, das die als autonom und demokratisch verstandene zivilgesellschaftliche Sphäre vom Staat trennt, scheint die Trennung zwischen NGOs als autonome Akteure der Zivilgesellschaft und den staatlichen Einrichtungen wenig Sinn zu machen, zumal weder das Personal noch die Grenzen zwischen den Aktivitätsbereichen deutlich zu unterscheiden sind. Es ist nicht ungewöhnlich, dass viele der AktivistInnen, die im zivilgesellschaftlichen Bereich aktiv waren, zu beruflichen Parteipolitikern oder Parlamentariern³⁰ werden (Demirović 2001: 142). Dieser Sachverhalt belegt den personellen Austausch und die porösen Grenzen zwischen den NGOs und dem Staat: „A growing number of activists are becoming state or United Nation officials or consultants, highlighting the greater fluidity between State and NGO boundaries“ (Stienstra 1999: 268). Die NGO-Arbeit findet auch in einem Netzwerkkontext statt, wo mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren, darunter auch staatliche, zusammengearbeitet wird. Im türkischen Kontext macht der NGO-Aktivist Mehmet Çelenk³¹ mit seiner herausfordernden Frage darauf aufmerksam, wie sinnlos es in diesem Fall ist, die NGO-Arbeit nur als oppositionelle Arbeit gegen den Staat oder die Regierung wahrzunehmen, und wie NGOs etwa aus finanziellen Gründen, aber auch weil die staatlichen Akteure Teil des vorhandenen NGO-Netzwerks sind, mit dem Staat zusammenarbeiten müssen:

„[...] Es hat sich im Allgemeinen ein marginaler Glaube durchgesetzt, wonach die Zivilgesellschaft auf Gedeih und Verderb gegen den Staat und die Regierung sein muss und immer gegen alles Staatliche zu opponieren habe. Was könnten wir aber auf der anderen Seite tun, wenn wir die staatlichen Gelder nicht hätten? Und wir als Bürger bringen diese Gelder auf. Von daher denke ich, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Fehler des Staates korrigieren sollen, in dem sie dem Staat konkrete Projekte vorschlagen und in personellen Fragen Hilfe leisten und wenn es nötig ist, den Staat warnen. Wenn wir mit verschiedenen Institutionen des Staates einander gegenseitig beeinflussen [...] Jeder von uns hat einen Freund oder eine Freundin, der/die in einem Ministerium eine Position inne-

politische System in der Türkei unterstützen und denjenigen, die es kritisieren. Siehe Interview mit Pınar Selek im ersten Teil dieses Kapitels.

30 Ein letztes Beispiel dafür ist Akın Birdal, der über Jahre als Vorsitzender des Menschenrechtsvereins İHD gearbeitet hatte und bei der Parlamentswahl im Juli 2007 als Abgeordneter gewählt wurde.

31 Zur Symposiumszeit ist Mehmet Çelenk der Generalsekretär der Blindenföderation gewesen.

hat. Schließlich sind wir hier alle Menschen, die aus der oberen Schicht der Gesellschaft kommen.“ (Çelenk 1998/Tarih Vakfı: 93)

Sowohl aufgrund der porösen Grenze des personellen Austauschs als auch aufgrund der Verflechtung und Zusammenarbeit der NGOs mit staatlichen und marktwirtschaftlichen Akteuren erscheint es als nutzlos, die NGO-Arbeit über die Trennung zwischen zivilgesellschaftlichem und staatlichem Bereich politisch-moralisch bewerten zu wollen. Selbst die Grenzen zwischen folgenden drei Sphären scheinen problematisch zu sein:

„Die Abgrenzung der Akteure der drei Bereiche [Staat, Markt und Zivilgesellschaft] ist zunächst unumgänglich, doch darf dabei auch deren Interaktion in einer Spannweite zwischen Kooperation, Kontrolle und Kritik nicht aus dem Blick geraten. Unter diesem Aspekt werden eindeutige Abgrenzungen problematisch.“ (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 39)

So ist dieses Miteinander von Konflikt und Kooperation mit staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren charakteristisch für die NGO-Arbeit (s. ebd.: 41):

„Eine definitorische Trennschärfe lässt sich nicht mehr eindeutig herstellen, wenn die Aktivitäten vieler gesellschaftlicher Akteure auch vom Staat und Wirtschaft finanziert werden und diese Akteure in beide Bereiche immer stärker hineinwirken.“ (Ebd. 40)

Was sind die Konsequenzen dieser gegenseitigen Interaktion und des Zusammenwirkens zwischen den staatlichen Akteuren und NGOs für einen demokratietheoretischen Ansatz? Oder anders gefragt: Wie soll diese Arbeitsweise der NGOs moralisch-politisch bewertet, nach welchem Ansatz analysiert werden?

Auch im türkischen Kontext ist es möglich, konkrete Beispiele dieses Zusammenwirkens sowohl heute als auch in der Vergangenheit zu finden. Wie wir oben gesehen haben, sind die Themen und Probleme, die einst von der feministischen Bewegung der 1980er-Jahre an die Öffentlichkeit gebracht wurden, zu Anfang der 1990er-Jahre nicht nur von Parteien und von politischen Akteuren, sondern auch von den sozialen Einrichtungen des türkischen Staats übernommen worden.³² Auch heute arbeiten viele Frauen-NGOs und Frauenplattformen mit

32 Hier muss auf den paradoxen Charakter des Verhältnisses zwischen der Frauenbewegung und dem türkischen Staat hingewiesen werden. Trotz des feministischen Diskurses, der darauf insistiert, außerhalb der Staatspolitik Politik zu betreiben, trotz der harschen Kritik, der Staat sei einer der wichtigsten Akteure zur Aufrechterhaltung des patriarchalen Systems in der Türkei, musste notiert werden, dass viele fortschrittliche gesetzliche Änderungen und viele soziale Reformen in Bezug auf die Verbesserung

staatlichen Institutionen zusammen. Meine Fragen, wie die Kooperation der kurdischen Frauenorganisation *Ka-Mer* mit staatlichen Akteuren funktioniert und ob dies die Unabhängigkeit von *Ka-Mer* beeinflusst, beantwortet die kurdische Aktivistin Nebahat Akkoç wie folgt:

„*Ka-Mer* hat keine Hilfe vom Staat erhalten. Wir legen großen Wert darauf, dass wir unabhängig sind und es auch bleiben. Die finanzielle Unabhängigkeit ist nämlich sehr wichtig. Auf der anderen Seite muss man auch sowohl ideologisch als auch organisatorisch unabhängig sein, also nicht nur materiell. Man verwechselt das sehr oft. Unsere Unabhängigkeit hindert uns aber nicht daran, mit den staatlichen Institutionen zu kooperieren. Das können wir dann besser tun, wenn wir unabhängig sind. Damit hoffen wir auch, sie zu verändern. Wir wollen unabhängig sein, wir wollen aber auch verändern, und in diesem Sinne kooperieren wir mit den staatlichen Institutionen: mit der Polizei, mit der Gendarmerie, mit den Gouverneuren. So können wir zum Beispiel mit SHÇEK (Soziale Dienste und Kinder Schutz Institution) sehr gut kooperieren.“ (Interview mit Nebahat Akkoç)

Sollen diese Beispiele der Kooperation mit dem Staat als Erfolg auf dem Konto der Frauenbewegungen und Frauen-NGOs³³ gebucht werden oder sollen sie als Vereinnahmung seitens des Staates gedeutet werden?

In Anlehnung an den Begriff der „Paradoxen Erfolge“ von Hagemann-White (1997) machen Dackweiler und Schäfer auf die Dilemmata aufmerksam, vor dem die Feministinnen der zweiten Frauenbewegung in Deutschland stehen (Dackweiler& Schäfer 1999: 206) und stellen die Frage, ob die Institutionalisierung der Frauenprojekte und deren Integration ins soziale System als Erfolg oder Misserfolg bewertet werden sollen? Sie kommen zu dem Schluss:

des Frauenstatus in der Türkei von staatlichen Institutionen ausgingen (s. Ayata 1997a: 82f.). Die Abtreibung, in vielen katholischen Ländern ein noch immer umstrittenes Thema, wurde in der Türkei im Jahr 1983 gemeinsam mit dem Gesetz zur Familienplanung legalisiert.

- 33 In dieser Arbeit werden die verschiedenen Typen und Organisationsbereiche der Frauen-NGOs im türkischen Kontext nicht differenziert. In der Literatur gibt es jedoch verschiedene Typisierungen von Frauen-NGOs je nach ihrer Organisationsbasis und ihrem Wirkungsbereich. So unterscheidet die Politikwissenschaftlerin Uta Ruppert sechs verschiedene Typen von FrauenMenschenrechte-Organisationen und Frauen-NGOs. Demzufolge sind die Frauen-NGOs nach ihren Arbeitsbereichen als Basisgruppen, lokale NGOs, nationale Frauen-NGOs, regionale NGO-Netze, Netzwerke von Frauen-NGOs und als top-down-angelegte Lobbying-Organisationen zu klassifizieren (s. Ruppert 2005: 227ff.). Für einen sehr informativen Beitrag zur Typisierung von Frauen-NGOs und deren Rolle in der transnationalen Politik siehe Ruppert (2005).

„Wenn jedoch auf einer bewegungssoziologischen Ebene davon ausgegangen wird, dass die Vereinnahmung von Projekten und Ideen sozialer Bewegungen durch etablierte Organisationen Zeichen ihres gesellschaftlichen Einflusses ist (Dahlerup 1986:16), war die neue Frauenbewegung in dieser Hinsicht sehr erfolgreich.“ (Ebd. 207)

Wie die Zivilgesellschaft, die gleichzeitig die widersprüchlich heterogene Sphäre der hegemonialen und gegenhegemonialen Kräfte ist – und daher nicht als herrschaftsfreie Sphäre der demokratischen gesellschaftlichen Kräfte gesehen werden kann – können die NGOs auch nicht einfach als Akteure der demokratischen Beteiligung von unten gesehen werden. Es kann sogar so weit gehen, dass die NGOs zur Verankerung der staatlichen Interessen und Gruppen in der Zivilgesellschaft (Demirović 2001: 159) dienen, was auch im türkischen Kontext diskutiert wird:

„Eine zivilgesellschaftliche Organisation zu sein, ist an sich nicht alles und ist nicht per se etwas Positives. Das hat alleine noch nicht viel zu sagen. Hier kommt es viel auf den Inhalt und die Aktivitäten einer zivilgesellschaftlichen Organisation an. Wenn sie hier nicht eine zivilgesellschaftliche Sensibilität haben, dann kann es sein, dass sie nach kurzer Zeit zu einer Organisation werden, die wie ein Staat fungiert und staatsähnliche Aufgaben übernimmt, und so staatliche Strukturen innerhalb der Gesellschaft produziert und reproduziert. Das wäre dann ein wichtiges Problem.“ (Hatun 1998/Tarih Vakfı: 50)

So möchte ich die Frage stellen, ob die NGO-isierung der zivilgesellschaftlichen Szene in der Türkei als Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Regierung, als Vereinnahmung der zivilen Akteure durch die staatlichen Institutionen oder als eine neue Form von Governance betrachtet werden soll. Ich betrachte die NGO-isierung der zivilgesellschaftlichen politischen Sphäre, auch im Zusammenhang mit den intensivierten EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei seit 1999, als eine neue Form von Regierungstechnik – als Governance, als ein Anzeichen dafür, dass ein neues Muster der Staat- Gesellschaft-Verhältnisse in der Türkei seit dem Jahr 2000 im Entstehen ist. Hier habe ich nur einige Aspekte und Dynamiken bezüglich der NGO-isierung der zivilgesellschaftlichen Szene und der damit zusammenhängenden Entstehung einer neuen Regierungsform in der Türkei der 2000er-Jahre mit ihren Konturen dargestellt. Ich denke, diese Aspekte werfen neue Fragen auf, die es wert wären, in weiteren Forschungsprojekten im Detail bearbeitet und weiter erforscht zu werden.

